

AIB

Sonderheft 2/1980

2,- DM



TÜRKEI

Paul Maaskola

Militärs – Retter der Demokratie?



Putschistenpräsident General Kenan Evren

Der Militärputsch vom 12. September 1980 brachte die Türkei wieder einmal in die Schlagzeilen. Das Durchgreifen der Militärs um Generalstabschef Kenan Evren ist freilich nichts gänzlich Neues. Denn schon zweimal zuvor innerhalb der beiden letzten Jahrzehnte hat die türkische Armeespitze durchgegriffen: Am 27.5.1960 stürzte ein von Offizieren gebildetes „Komitee der nationalen Einheit“, das 1961 die Regierungsgeschäfte an eine Zivilregierung weitergab, das Regime A. Menderes. Am 12.3.1971 zwangen die Militärs die Regierung S. Demirels zum Rücktritt und diktierten über ein von der Armeespitze bestücktes Regime die Regierungs-

geschäfte bis zu den Parlamentswahlen 1973. Die nachfolgenden gewählten Zivilregierungen Ecevit und Demirel aber vermochten es nicht, der Dauerkrise in der Türkei Herr zu werden. Worin sind die Ursachen von Krise und Militärdiktatur zu suchen? Welcher Stellenwert kommt dabei dem desolaten Zustand der Wirtschaft, der strategischen Rolle der Türkei und dem Terrorismus-Problem zu? Sind die Putschgeneräle wirklich die Retter der türkischen Nation? Die Türkei in den Griff zu bekommen, ist für die Westmächte 1979/80 noch wichtiger geworden. Das Ausscheren Griechenlands aus dem militärischen Bereich der NATO 1974, der Verlust der Militärbastion Iran 1979, der Zerfall des Militärpaktes CENTO 1979 sowie das Scheitern der US-Invasion 1980 in Afghanistan und im Iran haben die Rolle der Türkei nachdrücklich aufgewertet. Ihre gegenwärtig außerordentlich große Bedeutung für die NATO liegt in der einmaligen strategischen Position: Von der Türkei aus ist das östliche Mittelmeer, darunter insbesondere die Meerengen zu sowjetischen Häfen, zu kontrollieren, die UdSSR elektronisch auszuhorchen und militärisch zu fixieren. Das Quellengebiet von rund 2/3 des von Westeuropa importierten Erdöls, die arabisch-iranische Ölregion, insbesondere die progressiven Bewegungen dort, sind von der Türkei aus militärisch überwachbar, um dort „nötigenfalls“ einzugreifen. Schließlich können Stützpunkte in der Türkei auch als Sprungbrett in die knapp 300 km entfernt schwelende Nahostkonflikt-Region genutzt werden (siehe auch Kasten).

Krise einer abhängigen Wirtschaft

Die Türkei ist jedoch nicht nur ein vorgeschobener NATO-Vorposten im Kalkül des Imperialismus. Flächenmäßig so groß wie die BRD und Frankreich zusammen, mit einer 43-Mio-Bevölkerung, reichen Bodenschätzen und günstigen natürlichen agrarwirtschaftlichen Bedingungen ist die Türkei auch von wirtschaftlichem Interesse für die Westmächte, insbesondere für die multinationalen Konzerne.

Doch die natürlichen Ressourcen des Landes sind kaum erschlossen. So werden etwa die nationalen Energievorkommen (Kohle, Erdöl, Wasserkraft) kaum genutzt, da wichtige Industriebereiche wie z.B. die Stromerzeugung des Landes oder die Düngemittelindustrie auf dem von US-Ölmultis gelieferten Erdöl aufgebaut wurde. Wegen Devisenmangel kann die Ölrechnung häufig nicht beglichen werden, was zur Rationierung und Unterbrechungen der Stromversorgung geführt hat. Aus dieser Situation profitieren allein die Ölmultis: 1979 mußte die Türkei 3,2 Mrd Dollar für ihre Ölimporte an die Mineralölkonzerne abführen – im gleichen Jahr betrug der Gesamtwert des türkischen Warenexports 2,9 Mrd Dollar.¹

Besonders stark ist die türkische Industrie von den kapitalistischen Wirtschaftszentren abhängig. Die in den 60er Jahren eingeleitete Industrialisierung durch Investitionen der türkischen Großbourgeoisie und der internationalen Groß-

konzerne – gelockt durch das niedrige Lohnniveau und freien Gewinntransfer – führte zur Errichtung von Gemeinschaftsunternehmen hauptsächlich im Bereich der Konsumgüter- und Zwischenprodukteindustrie (86% der verarbeitenden Industrie 1977). Damit gerieten Schlüsselpositionen des privaten Industriesektors unter die Kontrolle des Auslandskapitals, das sich Anfang 1980 zu ca. 70% auf die Chemie-, Automobil-, Metallwaren und Elektrogeräteindustrie sowie die Tourismusindustrie konzentrierte.

Dabei hielt die BRD mit 22 von 95 Firmen mit Auslandsbeteiligungen die Spitzenstellung (USA 17, Schweiz 12 Beteiligungen). Allerdings entfiel auf die USA der größte Umfang der Auslandsinvestitionen mit 543 Mio TL (19%), gefolgt von Frankreich (15%), der Schweiz (14%) und der BRD (367 Mio TL; 13%).

Der seit Kemal Atatürk traditionell starke staatliche Sektor – 40% der Industrie im Staatsbesitz – umfaßt vor allem Grundstoff- aber auch Baumwollindustrien sowie das Verkehrswesen und andere öffentliche Dienste. Bei den privaten Industriebetrieben mit Auslandsbeteiligung handelt es sich zumeist um Montagebetriebe, aus der BRD z.B. von Siemens, Bosch, Mannesmann oder MAN, wo lediglich die letzten Verarbeitungsstufen der jeweiligen Produktionskette realisiert werden. Bei gleichzeitiger bewußter Vernachlässigung des Aufbaus einer türkischen Schwerindustrie (Ausnahmen: sowjetische Großprojekte z.B. Eisenhüttenwerk bei Iskenderun, Ölraffinerie in Izmir oder Aluminiumhütte bei Saydisehir) erzielt das in- und ausländische Großkapital durch Errichtung der Montageindustrie eine extrem hohe Abhängigkeit der türkischen Wirtschaft vom Import teurer Vorprodukte. Bei Importanteilen an Endprodukten von über 50% durchschnittlich sowie der Notwendigkeit über 80% der Investitionsgüter zu importieren steigt der Importbedarf schneller als die Industrieproduktion – eine Entwicklung an der die multinationalen Konzerne besonders

hohe Gewinne erzielen.²

Durch diese abhängige Struktur ist die türkische Wirtschaft den Preissteigerungen auf internationalen Märkten ausgesetzt und der kapitalistischen Weltwirtschaftskrise ausgeliefert. Dies ist auch die Hauptursache für die gegenwärtige Wirtschaftskrise der Türkei. Bei rapide sinkender Produktivität war 1980 die Kapazität der meisten Betriebe nur zu 30 - 50% ausgelastet, die extrem hohe Auslandsverschuldung betrug über 20 Mrd Dollar und die Inflationsrate lag über 120%.³

Militäreinsatz gegen „unübersehbare“ Streiks

Ausgetragen wird diese Entwicklung auf Kosten der Bevölkerungsmehrheit, die zu etwa 2/3 von der Landwirtschaft lebt. Der Agrarsektor ist zugleich der rückständigste Bereich der türkischen Gesellschaft. In weiten Teilen ist feudaler Großgrundbesitz vorherrschend; noch 1976 befanden sich über 700 Dörfer samt Einwohnern im persönlichen Besitz und in totaler Verfügungsgewalt von Feudalherren. Das Fehlen einer Agrarreform ist das Hauptentwicklungshindernis der ländlichen Türkei. Daß sie, trotz mehrerer Anläufe u.a. durch Gesetzesinitiativen, nie durchgeführt worden ist, dafür hat die türkische Nationalkammer gesorgt, wo etwa 300 von 450 Abgeordneten zu Großgrundbesitzern und Unternehmern (Stand 1976) zuzurechnen waren.

Die Herrschaft feudalistischer Großagrarien verursacht eine unaufhaltsame Verelendung breiter Bevölkerungsteile durch die fortgesetzte Senkung der Einkommen, wobei das Arbeitsentgelt auf dem Lande ohnehin etwa nur die Hälfte des Lohnes eines ungelerten Arbeiters in der Stadt beträgt. Frauenarbeit wird generell mindestens um 25%, Kinderarbeit sogar über 50% unterbezahlt.⁴

Die Anhebung der Verbraucherpreise bis zu 800% bei gleich-



Grauer Alltag in Istanbul: Bei Razzien von Militärstreifen zwingt man Passanten in den Straßenschmutz

„Sicherer“ NATO-Flugzeugträger am Bosphorus



US-Radarstation von Pirinclik

Bundesrepublikanische Militärstrategen bezeichneten den südöstlichen NATO-Vorposten Türkei jüngst als „das letzte Flugzeug-Mutterschiff für die Vereinigten Staaten in diesem Raum“. (Wehrtechnik, Mai 1980, S. 12) Gemünzt war dies darauf, daß mit dem Verlust der Militärbastion Iran im Februar 1970 ein strategisches Loch im US-Einkreisungsring um das sozialistische Lager aufgebrochen war. Im März 1979 war mit dem Austritt des Iran der zentralasiatische CENTO-Pakt, zu dessen Gründungsmitgliedern die Türkei gehörte (1955 geg. als Bagdad-Pakt, 1959 in CENTO umbenannt), zerfallen. Auf irischem Territorium büßten die USA ein Konzentrat an Horchposten, Militärstützpunkten und Militärpersonal (rund 40.000) ein, das sich vor der Haustür der Sowjetunion und der arabischen Ölländer so gut wie nicht ersetzen ließ.

Neben massiven US-Interventionsversuchen im Iran und Afghanistan, die auf die Errichtung willfähriger neokolonialistischer Regimes zielten (ausführlich siehe AIB 7-8/1980, S. 4 ff.), wurden Pakistan und ganz besonders die Türkei mit „Stabilisierungshilfen“ seitens der Westmächte überhäuft. Die westliche Wirtschafts- und Militärhilfe für das Land am Bosphorus erreichte mit 3,05 Mrd Dollar für das Jahr 1980 absolute Weltspitze (siehe Beitrag von A.I. Bresche in diesem Heft). Die militärstrategische Bedeutung der Türkei als NATO-Vorposten wurde kräftig aufgewertet.

Die NATO-Mitgliedschaft der Türkei bringt es mit sich, daß der Großteil der türkischen Militäreinrichtungen ohnehin dem Kommando der Generalität des atlantischen Bündnisses unterstellt sind. Zusätzlich dazu unterhält die NATO-Führungsmacht USA auf türkischem Boden 61 Militärbasen mit einem eigenen Personalaufwand von nahezu 5000. Auf die Türkei kommen demnach allein rund 1/3 der gegenwärtig im gesamten Mittelmeerraum von den US-Streitkräften betriebenen Einrichtungen (199 nach dem Stand vom April 1979). Sie können in vier Kategorien gegliedert werden: 1. Kampfstützpunkte und Einrichtungen wie Luft-, Flotten- und Raketen(auch Nuklear-)basen; 2. Elektronische Spionagestationen; 3. Melde- und Nachrichtenstützpunkte; 4. Trainings- und Nach-

schubbasen. Die Modalitäten in der Handhabung dieser US-Militärbasen wurden in zweiseitigen amerikanisch-türkischen Militärabkommen geregelt, die in den Jahren 1952, 1969 und 1980 unterzeichnet wurden.

In einem US-Senatsbericht des Jahres 1979 wurde die Luftwaffenbasis von Incirlik (nahe Adana) als die vorgeschobenste amerikanische Bodenrampe „im östlichen Mittelmeer hochgeschätzt, von der aus ein taktischer atomarer Schlag“ im Konfliktfall in der Region zu starten sei. Wie Incirlik so sind auch die anderen wichtigen US-Installationen auf türkischem Terrain wie Sinop, Pirinclik (nahe Diyarbakir), Golbashi (nahe Ankara), Iskenderum, Yumurtalik (Anlaufpunkt der 6. US-Flotte) und Izmir (NATO-Südost-Hauptquartier) in zwei Richtungen disponibel: gegen die Sowjetunion und die vorderasiatischen Befreiungsbewegungen (vgl. MERIP REPORTS, Washington, September 1980, S. 6/7).

Startrampe für US-Atomschläge und Interventionsakte

Die in der Türkei stationierten US-Kampfbomber und -Raketen können weite Teile der Sowjetunion, mit einem Radius bis nach Moskau und zum Aral-See mit Atomwaffen belegen. Der ehemalige türkische Geheimoffizier und jetzige Senator Tunçkanat kommentierte dies so: „In dem Luftwaffenstützpunkt in Incirlik befinden sich der strategischen Luftwaffe der USA angehörende Düsenjäger mit Atom- und Wasserstoffbomben. Ferner gibt es Düsenjäger-Geschwader für die Verteidigung des Stützpunktes. Hier ist auch amerikanisches Personal untergebracht, das für die logistische Unterstützung und Wartung der Flugzeuge verantwortlich ist. Auch wenn durch die offiziellen türkischen Stellen bestritten wird, daß die aus diesen Stützpunkten abfliegenden Flugzeuge ohne die Genehmigung der türkischen Regierung unsere Nachbarländer angreifen können, kann man auf keine Weise kontrollieren, wohin diese Flugzeuge nach dem Start fliegen. Heute ist es möglich, daß aus Incirlik ausgeflogene Düsenjäger nach Angriff eines tausend Kilometer entfernten Ortes zum gleichen oder zu einem anderen Stützpunkt zurückkehren. Denn die türkischen Stellen verfügen über kein Kommando- und Befehlsrecht.“ (zit. nach: Türkei-Informationen, Düsseldorf, Juni 1980, S. 15)

In der Tat ist im neuen Militärabkommen vom März 1980 festgehalten, daß in Incirlik ausschließlich US-Personal zur Kontrolle der US-Flugzeuge berechtigt ist. Und an diesem Ort sind immerhin zwei taktische Geschwader der 401. taktischen Abteilung der US-Luftwaffe zwecks „Unterstützung der NATO-Verteidigungspläne“ stationiert. Unter den geheimen Klauseln des Militärabkommens, die selbst dem türkischen Parlament vorenthalten wurden, finden sich nun auch solche, denen zufolge man es US-Militärmissionen offenstellt, ihre „territorialen Betätigungsmöglichkeiten“ zu erweitern. Dies schließt ihre Nutzung im Falle von US-Interventionsakten, Ölkriegszügen usw. im Nahen und Mittleren Osten ein (nach: MERIP REPORTS, a.a.O.; New Statesman, 20.6.1980).

Es wäre im übrigen nicht das erste Mal. Schon 1958 diente Incirlik als Sprungbrett für die US-Invasion im Libanon. Und im April 1980 nutzte die Carter-Administration diese Basis für ihren – mißglückten – Luftlande-Einfall gegen den Iran, die sog. „Operation Blaulicht“.



US-Militärbasen auf türkischem Boden

zeitigem Lohnstopp Anfang 1980 traf nicht nur die Landbevölkerung. Da die Reallöhne der Arbeiter und Angestellten zwischen 1977 und 1979 bereits durchschnittlich um 46% gesunken waren, wurden vor allem auch die Werktätigen in den Industriezentren der Türkei zum Opfer der reaktionären Wirtschaftspolitik.

„Die Zahl der Arbeitslosen steigt. Der Lebensstandard sinkt. In den durch Landflucht ständig wachsenden Slums am Rande der Großstädte, bei einem Großteil der Arbeiterschaft und bei den unteren bis mittleren Verdienstgruppen der Angestellten und Beamten fühlen sich viele über den Rand des Existenzminimums hinausgedrängt... Die Zahl der bestreikten Betriebe ist nicht mehr zu übersehen,“ berichtete die Frankfurter Allgemeine Zeitung am 19.3.1980 aus Ankara.

Tatsächlich intensivierte sich der Kampf der Werktätigen gegen die Verschlechterung ihrer sozialen und politischen Situation nach der Jahreswende 1979/80 spürbar.

So beantworteten beispielsweise 11.000 Arbeiter des agroindustriellen Staatskonzerns Taris im Februar 1980 ihre angekündigte Entlassung und zuvor stattgefundene Ausschreitung von Polizei und Gendarmerie mit einer dreitägigen Betriebsbesetzung. Ein blutiger Polizei- und Militäreinsatz folgte. An einem daraufhin vom progressiven Gewerkschaftsbund DISK ausgerufenen Generalstreik in Izmir beteiligten sich 100.000 Arbeiter. Durch den Einsatz von über 10.000 Soldaten, Panzern, Hubschraubern und Flugzeugen wurden die Massenproteste nach einer Woche andauernder Kämpfe unterdrückt – 11 Tote und über 100 Verletzte waren das Resultat.

Ab Mitte März 1980 befanden sich über 60.000 Arbeiter der Metallgewerkschaft MADEN-IS sowie aus der Textil- und Glasereibranche im Streik. „Vor allem,“ so Mehmet Karaca, Generalsekretär der MADEN-IS, „ist die Haltung des Metallunternehmerverbandes MESS nach wie vor unnachgiebig. Er lehnt sogar Verhandlungen über einen gerechten Inflationsausgleich ab, von einer Lohnerhöhung ganz zu schweigen... Die von den Monopolen verursachte Krise erweist sich für sie äußerst gewinnträchtig. Die wichtigsten von ihnen konnten in den letzten beiden Jahren ihre Nettogewinne fast verdoppeln. Die Haltung der Unternehmer wird durch die Regierung direkt unterstützt, in dem sie ihrerseits die Tariverhandlungen mit den Gewerkschaften absichtlich in die Länge zieht, oder aber Tarifvereinbarungen vorschlägt, die den vom Internationalen Währungsfond (IMF) diktierten Bedingungen entsprechend sehr niedrig liegen.“⁵

Repressionswelle unter S. Demirel

Die tiefe Wirtschaftskrise hat vor allem die internationalen Gläubiger und Finanziere, allen voran die BRD und die USA, in die Lage versetzt, dem Land eine Entwicklungspolitik aufzuzwingen, die allein ihren militärstrategischen und ökonomischen Interessen entspricht. Eskalierende Rüstungsproduktion – an der auch insbesondere die Armeespitze beteiligt ist – und Militarisierung deformieren Wirtschaft und Gesellschaft, Kreditbedingungen heben die nationale Souveränität faktisch auf. So muß die Regierung in Ankara – ob zivil oder in Uniform – folgende Bedingungen erfüllen, um Kredite vom IMF zu erhalten: Lohnstopp, Steuer- und Preiserhöhungen; Abwertung der Währung und keine Kontrollen des Auslandskapitals; Einschränkung der Staatsinvestitionen, des schwerindustriellen Aufbaus und des Handels mit der UdSSR.

Dieser Kurs kann nur auf Kosten der Bevölkerungsmehrheit verwirklicht und nur mit Gewalt gegen den Widerstand der Werktätigen durchgesetzt werden. Deshalb war die Regierungszeit S. Demirels seit Herbst 1979 von einer zunehmen-



Trauernde Arbeiter vor dem Sarg des ermordeten Gewerkschaftsführers Kemal Türkler

den Repressionswelle begleitet, die schließlich in den Militärputsch vom 12. September 1980 mündete. Wie steht es dabei mit einem der Hauptargumente der Militärs, die Nation vor dem eskalierenden „Terror von links und rechts“ retten zu wollen?

Die demokratischen Rechte wurden im Laufe des Jahres 1980 stark eingeschränkt. Bevor die Militärjunta nach ihrem Putsch alle politischen und gewerkschaftlichen Verbände für aufgelöst erklärte, war ein Großteil der demokratischen Organisationen verboten worden, darunter der Progressive Jugendverband (IGD), die Verbände der Beamten (TÜM-DER), der technischen Angestellten (TÜTED), der Polizei (POLDER), der Lehrer (TÖB-DER), der Fortschrittliche Frauenverband (IKD), der Demokratische und der Volkskulturverein (DDKD bzw. DHKD). Am 8. Mai 1980 wurde die 1975 gegründete, kleine linksstehende Arbeiterpartei der Türkei (TED) verboten, weil sie sich für das Recht der Kurden in der Türkei auf eine Ausbildung in ihrer Muttersprache eingesetzt hatte.

Wegen „staatsabträglichen“ Parolen, wie „Für eine sozialistische Türkei“, wurden am 5. - 6.7.1980 alle 588 Delegierten des Parteitag der Arbeiterpartei TIP samt Parteiführung vorübergehend verhaftet. Nach dem 7. Kongreß der DISK im Juni/Juli 1980 beantragte die Istanbuler Staatsanwaltschaft am 1.8.1980 das Verbot des gewerkschaftlichen Dachverbandes. Doch diesem Schritt kam der Militärputsch zuvor.

Die staatlich gestützte Terrorwelle sollte die türkischen Werktätigen und ihre Organisationen zur bedingungslosen Unterordnung niederknüppeln. Hauptakteure waren dabei die Konter-Guerilla, der staatliche Geheimdienst (MIT), die Polizei sowie die zahlreichen faschistischen Organisationen: die Partei der Nationalen Bewegung (MHP) mit ihren Grauen Wölfen, dem faschistischen Gewerkschaftsbund (MISK) und anderen.

Die Konter-Guerilla, offiziell „Abteilung für besondere Kriegsführung“, wurde Mitte der 60er Jahre beim türkischen Generalstab, sorgsam von der Öffentlichkeit abgeschirmt, mit der Aufgabe gebildet, Widerstandskräfte für den Fall einer ausländischen Aggression oder eines „Aufstandes... der

Türkei-Länderübersicht

Territorium: 780.576 qkm, damit mehr als dreifache Fläche der Bundesrepublik

Bevölkerung: rund 43 Mio (1979)

Hauptstadt: Ankara (2 Mio Einwohner)

Nationalflagge: Rotes Feld mit weißem Halbmond und Stern

Sprache: Amtssprache ist Türkisch, das von rund 90% der Bevölkerung gesprochen wird. Andere Sprachen nationaler Minderheiten sind Kurdisch, Arabisch, Armenisch, Griechisch

Religion: Islam zu 98%, wovon rund 3/4 sunnitischer und etwa 1/4 schiitischer Glaubensrichtung

Währung: Türkische Lira (TL); 1 TL = 0,22 DM (Stand Juni 1980)

Staatsform: Republik Türkei. Die Exekutivgewalt liegt seit Gründung der parlamentarischen Republik 1923 unter General Mustafa Kemal Pascha (Atatürk) beim Präsidenten und der Regierung. Verfassungsgemäß werden sie im Vierjahresrhythmus gewählt von der Großen Nationalversammlung (Parlament), die aus zwei Kammern, der Volkskammer und dem Senat besteht. Nach Auflösung dieser Organe durch den Putsch vom 12.9.1980 ist General K. Evren Staatsoberhaupt und Vorsitzender des Nationalen Sicherheitsrates (MGK), bestehend aus 6 Generälen, dem als Exekutive ein Ministerrat unter Ex-Admiral B. Ulusu mit 27 Mitgliedern (davon 7 Generäle in Schlüsselministerien) unterstellt wurde.

Parteien: Von den insgesamt 11 legalen Parteien waren vor dem 12.9.1980 sechs im Parlament vertreten. Aus den letzten Wahlen zur Nationalversammlung waren die sozialdemokratisch orientierte **Republikanische Volkspartei (CHP – gegr. 1923)** unter Bülent Ecevit mit 41,4% und die konservative **Gerechtigkeitspartei (AP – gegr. 1961 als Nachfolgeorganisation der 1946 konstituierten Demokratischen Partei)** unter Süleiman Demirel mit 36,9% der Stimmen als stärkste Fraktionen hervorgegangen. Bei den Zwischenwahlen vom Oktober 1979 wurde das Stimmenverhältnis mit 47,8% für die Gerechtigkeitspartei und nur noch 29,3% für die CHP auf den Kopf gestellt. An die Stelle der Koalitionsregierung Ecevit rückte die Minderheitsregierung Demirel. Drittstärkste Partei ist die nationalistische **Nationale Heilspartei (MSP)** unter N. Erbakan. Weitere Parteien sind die faschistische **Partei der Nationalen Bewegung (MHP)** unter Alparslan Türkeş, die linkssozialistische **Türkische Arbeiterpartei (TIP – gegr. 1961)** unter Behice Boran, die **Türkische Sozialistische Arbeiterpartei (TSIP – gegr. 1974)**, sowie die seit 1923 illegale **Türkische Kommunistische Partei (TKP – gegr. 1920)**.

Wirtschaft: Die Türkei hält als schwachentwickelter kapitalistischer Agrar-Industrie-Staat das Schlußlicht im europäischen Entwicklungsniveau. Noch immer sind rund 60% der Erwerbstätigen in der Landwirtschaft beschäftigt, gegenüber 15% im Industriebereich. Am Bruttoinlandsprodukt (BIP) ist die Landwirtschaft mit 25%, die Industrie mit 30% beteiligt. Rund 2/3 des türkischen Exportwertes entfallen auf Agrarprodukte, doch der Nahrungsmittelbedarf im Lande kann – eine Folge u.a. des vorherrschenden Groß-

grundbesitzes – nicht selbst gedeckt werden. Die Auslandsverschuldung erreichte 1976 25 Mrd Dollar, d.h. 50% des BIP.

Wichtigste Zweige sind in der Industrie die Textil- und Nahrungsmittelproduktion sowie die Chrom-, Nichteisenerz- und Schwefelförderung, in der Landwirtschaft der Anbau von Getreide, Zuckerrüben, Mohn, Tabak, Baumwolle und die auf die Wollerzeugung abgestellte Viehhaltung.

Rund 2/3 des türkischen Außenhandels entfallen auf die Westmächte, angeführt von der BRD, den USA, Italien, Großbritannien, der Schweiz und Frankreich. Die Türkei ist seit 1964 der EWG assoziiert.

Soziales: Die Alphabetenrate entsprach 1976 mit 55% dem arabischen Standard. Die Lebenserwartung betrug 57 Jahre, die Kindersterblichkeit mit 119 Todesfällen bei 1.000 Geburten (bis zum ersten Lebensjahr) das Dreifache des westeuropäischen Vorletzten, Portugal. 1980 wurde der Anteil der Arbeitslosen offiziell auf über 20% beziffert, zuzüglich über 1,1 Mio türkischen Emigranten allein in der Bundesrepublik.

Geschichte:

Ca. 550	Entstehung des frühtürkischen Reiches in der Mongolei
1288-1326	Begründung des Osmanischen Reiches unter Osman I. Ghasi
1919-22	Nationaler Unabhängigkeitskrieg
1923	Gründung der Republik unter Präsident Atatürk
1938	Tod Atatürks. Nachfolger als Führer der Republikanischen Volkspartei (CHP) und Präsident wird Ismet İnönü
1947	Hilfsabkommen mit den USA
1950	Wahlsieg der Demokratischen Partei. Regierung A. Menderes
1952	Beitritt zur NATO
1955	Beitritt zum Bagdad-Pakt, später CENTO
1960	Sturz der Regierung Menderes. Provisorische Regierung unter General C. Gürsel
1965	Nach Wahlsieg der Gerechtigkeitspartei Regierung S. Demirel
1971	Militärputsch und Installierung einer Rechtsregierung unter Nhat Erim
1974	Koalitionsregierung unter dem neuen CHP-Vorsitzenden Bülent Ecevit
1975	Türkische Invasion auf Zypern
1975	Nationalistische-Front-Regierung Demirel, in der konservative Parteien mit der faschistischen MHP koalieren
1978	Erneute Koalitionsregierung B. Ecevit. Verhängung des Kriegsrechts über 1/3 des Landes
1979	Minderheitsregierung S. Demirel
1980	„Militärputsch unter General K. Evren

politischen und sozialen Opposition gegen die hergebrachte Ordnung“ bereitzustellen.

Geleitet durch Generäle der Armee, führende Geheimdienstler, Mitarbeiter des CIA und des international organisierten Verbrechertums (Mafia), ist die Konter-Guerilla mit der Zentrale in Istanbul und Zweigstellen in Polizei- und Militärhauptquartieren, in allen Landesteilen präsent. In Ankara sind ihre Büros im gleichen Haus mit der US-Militärmission



Armee-Einsatz gegen streikende Arbeiter in Izmir im Februar 1980

untergebracht. Dirigiert von der US-Botschaft, unter Anleitung und mit Schulungsmaterial des CIA führt sie den „unkonventionellen Krieg“. Ihr zugehörige Offiziere sind ausgebildet in Sabotage, Verhör und psychologischer Kriegsführung. Sie übernehmen auch die Vorbereitungen, etwa durch Ermittlungen und Anlegen von Waffendepots, wie die Durchführung solcher Aktionen. So wurde beispielsweise unter ihrer Anleitung Anfang 1972, nach Verhängung einer Ausgangssperre, Istanbul sieben Stunden lang mit 85.000 Soldaten „auf der Suche nach geflohenen Gefangenen“ durchkämmt.⁶

Parallel zum Aufbau der Konter-Guerilla begann 1968 der Aufbau der faschistischen Grauen Wölfe. Seit Mitte der 70er Jahre hat man die Zusammenarbeit intensiviert und eine personelle wie aktionsbezogene Verflechtung zwischen dem türkischen Geheimdienst, der Konter-Guerilla und der MHP vollzogen. Besonders in den Jahren 1975-78, als die Regierung unter S. Demirel in einer Koalition mit der MHP (Parteiführer Alparslan Türkeş als Vizeministerpräsident) regierte, wurden zahlreiche Schlüsselpositionen bei der Polizei mit Faschisten besetzt.

Selbst scheinbar bedeutungslose Protest- und Widerstandszeichen der Bevölkerung sind zum Anlaß für Terrorübergrif-

fe gemacht worden. „So im März 1980 in Tarsus. Dort führt eine unfallträchtige NATO-Straße durch ein Wohnviertel. Allein in den Jahren 1978-79 wurden dort 25 Fußgänger bei Verkehrsunfällen getötet. Die Forderungen nach dem Bau einer Unterführung blieben unerfüllt. Als am 22. April ein 15-jähriges Mädchen von einem LKW überfahren wurde, zogen die Bewohner mehrerer Stadtviertel zur NATO-Straße und errichteten aus Protest Straßensperren. Die ca. 1.500 Menschen waren bald von Polizei und Gendarmerie umstellt. Als die Diskussion zwischen beiden immer heftiger wurde, eröffneten Polizei und Gendarmerie plötzlich das Feuer und ermordeten 10 Demonstranten, darunter drei Kinder. 300 wurden verletzt, 21 davon schwer, 87 Menschen wurden verhaftet.“⁷

Zielscheibe des Terrors sind vornehmlich die demokratischen und Linkskräfte der Türkei. In einer gemeinsamen Aktion des Geheimdienstes, der Faschisten und der Maoisten wurde die Maifeier 1977 in Istanbul, zu der die DISK aufgerufen hatte und an der 1/2 Mio Menschen teilnahmen, von umliegenden Gebäuden minutenlang mit automatischen Waffen beschossen. Es starben 38 Menschen. In der ostanatolischen Stadt Kahramanmaraş richteten faschistische Kommandos an Weihnachten 1978 ein Blutbad an, bei dem ca. 200 wehrlose Frauen, Männer und Kinder ermordet wurden. In Fatsa, einer kleinen Stadt an der Schwarzmeerküste, drangen Mitte Juni 1980 motorisierte Armee- und Gendarmerieeinheiten in Begleitung von 50 Panzern ein. Nach Hausdurchsuchungen, mit Hilfe maskierter – da steckbrieflich gesucht – MHP-Mitglieder durchgeführt, wurden über 400 Verhaftungen vorgenommen. Die Inhaftierten, unter ihnen der unabhängige Bürgermeister Fikri Sönmez, wurden Folterungen unterworfen. Der Grund: In Fatsa hatte eine große Koalition von linken Gruppen bis zur islamischen Nationalen Heilspartei (MSP) durch selbst organisierte Komitees das Eindringen und die Überfälle von MHP-Kommandos verhindern können.

Und dann kamen die Generäle

Anfang Juni 1980 führten in Corum von Faschisten provozierte Auseinandersetzungen zwischen den religiösen Gruppen der Aleviten und Sunniten zu 5 Tage lang andauernden Kämpfen, bei denen MHP-Kommandos zusammen mit Polizei und Gendarmerie – ausgerüstet mit Panzern aus der BRD – ganze Stadtteile überfielen und die Bevölkerung massakrierten. Ohne diejenigen mitzuzählen, die an nachher durchgeführten Folterungen starben, wurden fast 30 Todesopfer gezählt.

Neben dem „Flächenterror“ wurden in zunehmendem Maße prominente Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens Opfer faschistischer Anschläge. Dabei handelte es sich nicht nur um Gewerkschafter und Linkskräfte, z.B. wurde am 22.7.1980 der Vorsitzende der Metallgewerkschaft MADENIS, Kemal Türkler, ermordet, sondern auch um Zentrumspolitiker wie den Abgeordneten der Republikanischen Partei (CHP), N. Köksalolu, der Anfang Juli d.J. ermordet wurde, und sogar Angehörige der Rechten: Nihat Erim, Expremierminister des Repressionsregimes 1971-73, wurde am 25.7.1980 ermordet. In den ersten Septemberwochen 1980 stieg die Anzahl der Opfer politischer Mordanschläge auf bis zu 35 pro Tag.

Die Methode, die dahinter steckt, umschrieb einer der Organisatoren der Konter-Guerilla, General a.D. Kemal Ersun so: „Durch Sabotageaktionen und politische Morde einen Bürgerkriegszustand schaffen – und dann kommen wir.“⁸

Und sie kamen. Am 12. September 1980 putschte die türkische Generalität unter Führung von Generalstabschef Kenan Evren. Er ernannte sich zum Staatspräsidenten und

Folterungen aus Versehen?



65.000 aus politischen Gründen Inhaftierte zählte man unmittelbar vor dem Militärputsch vom 12. Dezember 1980 in der Türkei (Le Monde, Paris, 21./22.9.1980).

Der Präsident der Rechtsanwaltsvereinigung von Istanbul, Orhan Apaydin, auf einer Pressekonferenz am 7.5.1980: „Niemand weiß, wieviele Personen vor ein Gericht gestellt wurden, wieviele freigelassen wurden. Verwandte erfahren nichts über den Aufenthaltsort der Gefangenen. Wir haben zahlreiche Hinweise, die belegen, daß die Verhöre politischer Häftlinge mit Foltermethoden durchgeführt werden. Nach Zeugenaussagen werden Häftlinge völlig unbekleidet auf den Fußboden gelegt und mit kaltem Wasser übergossen. Sodann werden Elektroden an ihre Genitalorgane, am Kinn oder Ohrfläppchen angebracht. Zigaretten werden auf der Haut der Häftlinge ausgedrückt. Es ist sogar vorgekommen, daß die Folterer Schlagstöcke in den Anus der Opfer einführen. Das Schlagen auf die entblößten Fußsohlen ist noch die harmloseste Foltermethode. Diese unmenschlichen Folterpraktiken werden so lange fortgeführt, bis der Häftling eine vorgefertigte Erklärung unterzeichnet. Weigert sich das Opfer zu unterzeichnen, so drohen die Folterer mit Erschießung oder Hinauswerfen aus dem Fenster. Diese Drohung wird wahrgemacht; es sind bereits Tote auf dem Boden der Gefängnishöfe gefunden worden. Die Polizei spricht in solchen Fällen von Selbstmord.“

Obwohl im Bericht der UN-Menschenrechtskommission die Türkei zu den Ländern gezählt wird, in denen gefoltert wird, will die Bundesregierung von nichts wissen. In einem Gutachten des Auswärtigen Amtes vom 14.5.1980 zu einem Asylverfahren heißt es: „Es gibt keine politische Verfolgung durch staatliche Organe. Das... Übergriffe staatlicher Organe vorkommen, ist zwar nicht mit absoluter Sicherheit auszuschließen, dem Auswärtigen Amt sind jedoch konkrete Fälle nicht bekannt. Amtsmissbrauch und Körperverletzung im Amt sind strafbar. Der Staat verfolgt diese Delikte.“

stellte sich an die Spitze eines Nationalen Sicherheitsrates, zusammengesetzt aus den Oberbefehlshabern von Heer, Luftwaffe, Marine, Gendarmerie sowie dem Befehlshaber der Ägäis-Streitkräfte.

Regierung und Parlament wurden aufgelöst, die Verfassung außer Kraft gesetzt. Das Kriegsrecht, das bereits in 20 von insgesamt 69 Provinzen galt, wurde auf das ganze Land ausgedehnt. Parteien, Gewerkschaften und Verbände wurden für aufgelöst erklärt, über 150 Gewerkschaftsbüros geschlossen und jede politische Betätigung verboten. Mehrere Tausend Personen wurden verhaftet, darunter alle führenden Politiker des Landes, vor allem aber Linkskräfte, sowie hunderte Gewerkschaftsfunktionäre, angefangen beim Vorsitzenden der DISK, Abdullah Bastürk.

Die Einsetzung der Regierung – als Exekutivorgan für den Nationalen Sicherheitsrat – verdeutlichte die Marschrichtung der neuen Machthaber: Premierminister B. Ulusu, Exadmiral mit langjähriger NATO-Erfahrung, wird mit sieben anderen Generälen in Schlüsselministerien für einen strammen NATO-Kurs im 27-köpfigen Kabinett sorgen. Der Verbindungsmann zum internationalen Finanzkapital und Mitinitiator des türkischen „Stabilisierungsprogramms“, Turgut Özal, wurde gar zum stellvertretenden Ministerpräsi-

denen ernannt. Als ehemaliger Vorsitzender des Arbeitgeberverbandes der Metallindustrie (MESS) sowie als Staatssekretär für Wirtschaftsfragen in der vorangegangenen Demirel-Regierung – ihm waren alle Schlüsselstellungen der Wirtschaft aus den zuständigen Fachministerien unterstellt worden – bringt er eine langjährige praktische Kampferfahrung gegen die Arbeiterklasse mit sich.

Zu den Hauptprogrammpunkten der neuen Machthaber zählt die Effektivierung des bisherigen Wirtschaftsprogramms, wobei schwerpunktmäßig die Rüstungsindustrie gefördert und die Streitkräfte modernisiert werden sollen. Die Bekämpfung des „Terrorismus“ soll durch eine neue Gesetzesgrundlage erleichtert werden, die Parteien-, Wahl- und Staatssicherheitsgesetze sowie das Strafrecht sollen ebenfalls erneuert werden.

Die Praxis offenbart eine Gangart rechts von der vorangegangenen konservativen Demirel-Regierung. Durch die Verordnung eines Streikverbots mußten 40.000 Streikende in allen Landesteilen an ihre Arbeitsplätze zurückkehren. Angesichts der Preiserhöhungen von bis zu 20% (u.a. für Zucker, Heizöl, Benzin und Düngemittel) kommt die kurz zuvor verordnete Lohnerhöhung von 70% einer Niederlage der Arbeiter gleich. Angesichts der galoppierenden Inflation und eines Lohnstopps hatten sie Lohnerhöhungen von bis zu 300% gefordert. Alle Gemeinderäte wurden aufgelöst und die meisten Bürgermeister abgesetzt. Künftig, so erklärten die Militärs, würden Ernennungen erst nach eingehender Prüfung durch örtliche Kriegsverwaltungen vorgenommen werden.⁹

Die Behauptung, die Putschgeneräle würden das Erbe Kemal Atatürks vertreten, entbehrt jeder Grundlage. Das Gegenteil ist der Fall. Nicht das Streben nach politischer und ökonomischer Unabhängigkeit vom Ausland, eines der Grundprinzipien des Kemalismus, kennzeichnet K. Evren und die führenden Militärs. Evren selbst personifiziert geradezu den Ausverkauf nationaler Interessen an den US-Imperialismus. Bereits 1950 befehligte er im US-Sold türkische Truppenkontingente im Koreakrieg der USA. Den intimen Kontakt zum CIA pflegte Evren im türkischen Generalstab. Dort war er – vor seiner Ernennung zum Generalstabschef 1978 durch B. Ecevit – zuständig ausgerechnet für die Leitung der Konter-Guerilla.

Die Putschisten – keine Erben Atatürks

Darüber hinaus ist K. Evren mit seinen Generalsfreunden eng mit dem Auslandskapital liiert. Als Verwalter eines riesigen Fonds – der Unterstützungskasse der Armee (OYAK) – besitzen sie Beteiligungen bei türkischen Niederlassungen internationaler Großkonzerne wie Mobil Oil, Shell, Renault, Goodyear, Hilton oder International Harvester. Hinzu kommt ein umfangreicher Besitz an der Rüstungsindustrie. Nach offiziellen Angaben erzielten sie 1977 einen Gewinn von 335 Mio Türkischen Lira (TL), 130 Mio TL mehr als die nächstgrößere Finanzgruppe, die Is-Bank.¹⁰

Der Ruf der Generäle nach nationaler Einheit richtet sich daher sowohl an die Arbeiterklasse und Bauernschaft, mit der impliziten Forderung nach kampfloser Unterordnung unter die Interessen des Großkapitals, als auch an die nationale Bourgeoisie, die partiell andere Interessen vertritt als die sie ruinierenden internationalen Monopole.

Da die nationale Bourgeoisie in der Gerechtigkeitspartei S. Demirels und in der Republikanischen Volkspartei B. Ecevits starke Positionen innehat, war es den bisherigen Regierungen nicht möglich, die Forderungen des in- und ausländischen Großkapitals in die Praxis umzusetzen. Daran scheiterte auch die Regierung S. Demirels. Die Putschgeneräle sind dazu berufen, die Interessen des Auslandskapitals

aus den USA und der BRD durchzusetzen. Dies zeigen auch die Umstände ihrer Machtergreifung.

Am Vorabend des Putsches traf aus Washington der Luftwaffenbefehlshaber und das heutige Mitglied des Nationalen Sicherheitsrates, T. Sattinkaya, ebenso wie ein General der NATO-Südostflanke in der Türkei ein. Eingebettet war der Militärputsch in das NATO-Manöver „Anvil Express 80“ (Amboß-Express). Unter diesem Code führte die auf Abruf bereitstehende multinationale „Eingreifbrigade“ des Obersten NATO-Befehlshabers Europas vom 11.9. bis 6.10.1980 in der Türkei ausgedehnte Manöver durch. Kaum daß die „Operation Demokratie“ in der Türkei angelaufen war, drang die erste Information über den Putsch aus der 12.000 km entfernten US-Hauptstadt Washington in alle Welt.

Anmerkungen:

- 1) Bundesstelle für Außenhandelsinformation, Marktinformation Türkei, Nr. MI-A/588, Köln 1979; Türkei-Informationen, Düsseldorf, Juni 1980
- 2) AIB 6/1979, S. 4 ff.; Info Türk Bulletin, Brüssel, Nr. D. 19/ Mai 1980, S. 7-8
- 3) Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ), 27.9.1980; Time, London, 29.9.1980
- 4) Neue Perspektiven, Helsinki, Nr. 4/1976, S. 38
- 5) Türkei-Informationen, Juli/August 1980, S. 19
- 6) Info Türk Agentur, Massaker in Ankara, warum? Brüssel 1978, S. 10; Die Neue, Westberlin, 26.7.1980
- 7) Föderation der Arbeitervereine Kurdistans in der Bundesrepublik Deutschland (KOMKAR), Türkeihilfe – wofür?, Frankfurt 1980, S. 8-9
- 8) Financial Times, London, 25.6.1980, Frankfurter Rundschau, 29.8.1980, Türkei-Informationen, a.a.O.
- 9) Time 6.10.1980; International Herald Tribune, Zürich, 16.9.1980; Le Monde, Paris, 23.9.1980
- 10) Die Tat, 19.9.1980; FAZ, 19.9.1980; AIB 7-8/1980, S. 41



- Ich bestelle AIB Nr.
- Ich bestelle ... Exemplar(e) AIB-Sonderheft 2/80 zur Türkei (Preis 2,- DM zuzügl. Porto)
- Ich bestelle ... Exemplar(e) AIB-Sonderheft 1/80 „F.J. Strauß und CDU/CSU-Weltpolitik“ (Preis 2,- DM zuzügl. Porto)
- Ich abonniere das AIB ab Nr. bis auf Widerruf (Jahresabo: 20,- DM inkl. Porto)*
- *) Kündigungen nur bis zum Jahresende – bis jeweils 31.10.
- Ich bitte um Zusendung von Katalogen und Probeexemplaren

[] []																			
Vorname, Name																			
[] []																			
Straße										Beruf									
[] []																			
Postleitzahl, Ort Nr. des Zustellpostamtes																			

(Unterschrift) (Datum)

Ich überweise den Abonnementpreis entweder auf das Postscheckkonto des Weltkreisverlags, Konto Nr. 312 093-607 beim Postscheckamt Frankfurt/M. oder auf das Konto des Weltkreisverlags Nr. 966 bei der Volksbank Marburg (BLZ 533 900 00).

Mit der Abbuchung des Abonnementpreises von DM 20,- bin ich einverstanden. Mit dem Ende des Abonnements erlischt diese Einzugsermächtigung.

Mein Bank-/Postscheckkonto []

Nr []

in [] BLZ []

Internationale Gegenwartsliteratur

collectiv
literatur



Miguel Angel Asturias
Die Maismänner
Roman
Verlag Volk und Welt, Berlin,
373 S., Leinen, DM 10,20
Best.-Nr.: 59/6471836

Der Roman gliedert sich in sechs episodische Einzelerzählungen, die zeitlich aufeinanderfolgen und nach der jeweiligen Hauptperson benannt sind. Durch ihre Augen vermittelt der Autor dem Leser den Kampf der Ureinwohner Guatemalas ums Überleben. Dabei spielt die Beschreibung der indianischen Lebensverhältnisse und der uralten Traditionen eine große Rolle.

Neueste Geschichte Chinas Von 1917 bis zur Gegenwart

Verlag der Wissenschaften,
Berlin, 388 Seiten, Broschur,
17,80 DM
Best.-Nr.: 30/570/9128

Mit dieser Arbeit legen sowjetische Historiker die erste geschlossene und umfassende Darstellung der Geschichte Chinas seit 1917 vor.

Harry Thürk
**Nachts
weint die Sampaguita**
Militärverlag, Berlin
304 S., mit Abb., Leinen,
8,50 DM
Best.-Nr.: 172/7461939

In diesem Tatsachenbericht informiert H. Thürk den Leser mit großer Sachkenntnis, eindrucksvoll und spannend über einen wichtigen Abschnitt der Geschichte der Philippinen. Die Huk-Bewegung war eine nationale Befreiungsbewegung mit starken sozialen Zügen. Warum die Huk nach der Zerschlagung der japanischen Truppen wieder in den Untergrund gingen und was aus ihnen später wurde, darauf gibt das Buch zuverlässige Antwort.

Erwin Strittmatter
Der Wundertäter
Band I
502 S., Leinen, 9,30 DM
Best.-Nr.: 50/6105190

Band II
439 S., Leinen, 8,65 DM
Best.-Nr.: 50/6112796

Band III
600 S., Leinen, 14,70 DM
Best.-Nr.: 50/6123065

Nun sind sie komplett, die drei Bände des „Wundertäters“. Der erste Band schildert Kindheit und Jugend des Stanislaus Büdner, der zweite Band seine unfreiwillig freiwillige Teilnahme an seinem Schicksal danach. Der dritte Band schildert die Heimkehr Büdnerns in sein Dorf, das nun in der DDR liegt.

Lothar Hitziger
Der Erde Brot
Müssen Menschen hungern?
Verlag Neues Leben, Berlin,
214 S., kart., DM 14,50
Best.-Nr.: 58/6428432

Jahrtausende hindurch hat der Hunger die Menschen fast ebenso untrennbar verfolgt wie ihr eigener Schatten. Der Hunger ist nicht von der Natur bewirkt, sondern ausnahmslos von Menschen, d. h. von den gesellschaftlichen Bedingungen.

Miguel Barnet
Das Lied der Rachel

Edition Neue Texte Aufbau



Miguel Barnet
Das Lied der Rachel
Aufbau-Verlag, Berlin,
190 S., Pappband, 5,75 DM
Best.-Nr.: 50/6123399

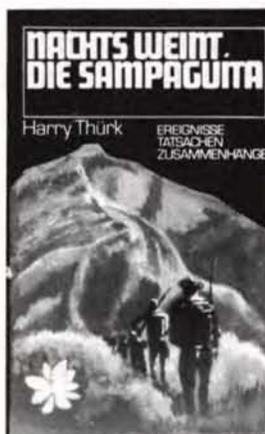
Bald naiv-unverbildet, bald klug-raffiniert plaudert Rachel, die Sängerin und Tänzerin in den Music-Halls der dreißiger Jahre von Havanna. Auf originelle Weise beurteilt sie aus ihrer Sicht eine ganze, von Unterentwicklung und Abhängigkeit gezeichnete Generation.

Heynowski und Scheumann
Phoenix
Inside CIA
Verlag der Nation, Berlin,
152 S., Taschenbuch, DM 4,10,
Best.-Nr.: 150/6965932

„Phoenix“ – ein Computerprogramm für Völkermord. Ausgedacht von CIA-Spezialisten für den Einsatz in Vietnam. CIA-Agentenführer K.B. Osborn enthüllt den elektronisch geplanten Massenmord.

Heynowski + Scheumann
(Hrsg.)
**Briefe
an die Exzellenz**
Porträt einer Schutzmacht
Verlag Volk und Welt,
Berlin, 255 S., Paperback,
DM 8,10
Best.-Nr. 59/6477736

Saigon Mai '75. Die USA haben fluchtartig das Land verlassen. Im Gelände der amerikanischen Botschaft entdecken die DDR-Dokumentaristen Heynowski und Scheumann aufschlußreiches Material.



Kurt Kauter
**Flieg Kondor –
Tupac Amaru**
Militärverlag, Berlin,
224 S., mit Fotos,
Leinen, DM 6,70
Best.-Nr.: 172/7461883

Der Autor schildert den berühmten Indianeraufstand von 1780/81 unter Führung von Tupac Amaru II. 60000 schlecht bewaffnete, kampfunerfahrene Indianer folgten dem Ruf des Inkasprosses und griffen die spanischen Kolonialherren in der alten Inkahauptstadt Cuzco an.



Kang Kjong-ä
**Morgengrauen
über Intschon**
Verlag Volk und Welt, Berlin,
344 S., Leinen,
DM 10,90
Best.-Nr.: 59/6477138

Die koreanische Schriftstellerin Kang Kjong-ä schrieb den Roman im Jahre 1934. Ausgehend vom Schicksal der jungen Son-bi, schildert sie das Erstarben und die sozialen Kämpfe der Arbeiterklasse im Korea der zwanziger und dreißiger Jahre.

aus Ihrer collectiv-Buchhandlung

Türkeihilfe Bonns und der Westmächte



Der „Kranke Mann am Bosphorus“

(aus: Nebelspalter)

„Nicht kleckern sondern klotzen“ sollte die BRD mit ihren Finanzmitteln in der Türkei, meinte die FDP-Abgeordnete Helga Schuchart in den Stuttgarter Nachrichten vom 1.7.1980. Sie unterstrich damit noch im Nachhinein ihre Übereinstimmung mit dem Bundestagsbeschluss zum Nachtragshaushalt vom 19.6.1980, der für die Türkei u.a. eine Rüstungssonderhilfe (170 Mio DM), Verpflichtungsermächtigungen (490 Mio DM) und Zusatzhilfe (330 Mio DM) zum gleichen Zweck in den nächsten Jahren festlegte.

Eine entschiedene Abfuhr erlitt hingegen ein von 27 SPD-Abgeordneten vorgelegter Zusatzantrag mit den Forderungen an die türkische Regierung, sie möge die Menschenrechte beachten, die Wirtschaftshilfe besonders zu sozialen Verbesserungen und die Militärhilfe nur zu NATO-Zwecken verwenden. „Dieser Antrag ist eine unzulässige Einmischung in die inneren Angelegenheiten eines souveränen Staates“, begründete der CSU-Abgeordnete Dr. Riedl aus München laut Bundestagsprotokoll vom 19.6.1980 die Übereinstimmung seiner Fraktion mit denen der SPD und FDP.

War zu erwarten, daß diese Türkei-Hilfe im Falle eines Militärputsches in Ankara berührt würde? „Ein unzumutbarer, ungerechtfertigter Gebrauch oder gar Mißbrauch der Kredithilfen“, so der internationale Türkei-Hilfe-Koordinator und Bundesfinanzminister H. Matthöfer (SPD) in der Frankfurter Rundschau vom 2.7.1980, „würde mit Sicherheit einen schwerwiegenden und folgenreichen Vertrauensverlust nach sich ziehen.“ Aber ein solcher „Vertrauensverlust“ widerfuhr den Putschgenerälen nicht. Im Gegenteil. Die Bundesregierung werde der Türkei auch weiterhin Hilfe gewähren, versicherte Bundeskanzler H. Schmidt gleich einen Tag nach dem Putsch vom 12. September 1980, und zwar, wie US-Vizeaußenminister W. Christopher tags darauf betonte, in Übereinstimmung mit den USA: „Washington billigt und unterstützt die deutsche Auffassung, die bevorstehende Tranche (Teilbetrag; d. Red.) einer Bonner Militärhilfe an Ankara solle in Ausführung der Verträge gezahlt

werden... Washington und Bonn wollen an den in der Türkei bevorstehenden NATO-Manövern und dem über Wirtschaftliches hinausreichenden Hilfsprogramm keine Änderungen vornehmen.“¹

Wenig wiegen neben diesen Klarstellungen beispielsweise die vom SPD-Vorsitzenden W. Brandt geäußerten „Sorgen“: „Die Nachrichten von den Verhaftungen des Sozialdemokraten Ecevit und weiterer führender Repräsentanten der politischen Parteien in der Türkei erfüllen uns allerdings mit Sorge... Wir hoffen, daß die Militärs in der Türkei möglichst rasch den Zugang zu demokratischen Verhältnissen wieder eröffnen... Das Militär hat im letzten Winter beide großen Parteien gebeten, in einer kritischen Zeit gemeinsam die Verantwortung zu übernehmen. Für mich war es schon damals klar, daß, wenn dies scheitern würde, das Militär bürgerkriegsähnliche Zustände nicht lange hinnehmen würde.“² Kein Verständnis für das Eingreifen der Militärs mochte in dieser Situation hingegen die französische Schwesterpartei der SPD aufbringen: „Die Sozialistische Partei (Frankreich; d. Red.) verurteilt die Beseitigung der demokratischen Institutionen.“³

Die überaus positive Haltung aller Bundestagsparteien zum türkischen Militärputsch ist eine Folge des starken politischen, wirtschaftlichen und militärischen Engagements der BRD, auch im Rahmen der EWG und der NATO, in der Türkei.

Die Führungsrolle der BRD – des türkischen Hauptaußenhandelspartners vor Italien und den USA – in der westlichen Türkeihilfe datiert vom Gipfeltreffen der Regierungschefs der USA, BRD, Frankreichs und Großbritanniens in Guadeloupe im Januar 1979.

Die internationale Hilfsaktion für die Türkei war bereits im Jahr zuvor angelaufen, doch ohne den erhofften Erfolg: Hauptbestandteil – neben Umschuldungsvereinbarungen mit europäischen Gläubigerländern – war ein Stand-by-Abkommen (Bereitschaftskredit) mit dem Internationalen Währungsfond (IMF), das aber nach Zahlung der ersten Tranche (150 Mio Dollar) im September 1978 außer Kraft gesetzt wurde. Unstimmigkeiten waren wegen der Einhaltung einer „stabilitätsorientierten Wirtschaftspolitik“ im Sinne des IMF entstanden.

Hoffnungen setzte man nun in den vom Bundeskanzler H. Schmidt (SPD) zu seinem persönlichen Beauftragten und zum internationalen Chefkoordinator ernannten CDU-Politiker W. Leisler-Kiep: „Ein Mann rettet die Türkei“, schrieb die Zeit am 15.6.1979. Doch es kam anders. Zwar konnte W. Leisler-Kiep seine Mission in knapp drei Monaten in Paris damit abschließen, daß am 30.5.1979 dort die 17 Mitgliedsländer der Organisation für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) Kredite in der Höhe von 961 Mio Dollar für die Exportfinanzierung in bilateralen Abkommen gewährten. Als einer der ersten zahlte die Bundesregierung gleich 200 Mio Dollar (u.a. leisteten die USA 248, Belgien 75, Frankreich 70 und Italien 40 Mio Dollar). Hinzu kamen Kredite seitens der Weltbank, der Europäischen Gemeinschaft (EG) und von Privatbanken.

Doch die Regierung unter B. Ecevit konnte die Bedingun-

gen, insbesondere die mit einem neuen IMF-Stand-by-Abkommen (327,5 Mio Dollar) gekoppelten Einschränkung öffentlicher Ausgaben, darunter der Löhne und Gehälter, Inflationsbekämpfung, „Sanierung“ von Staatsbetrieben durch Privatisierung und Preiserhöhungen, nicht einhalten. Die Kredite flossen nur schleppend.

Zur Jahreswende 1979/1980 wurde die internationale Stellung der Türkei nachhaltig aufgewertet. Die neue Ölkrise, der Sturz des Schah-Regimes, die Weltkrisen um Afghanistan und den Iran, die neuerlich Zuspitzung des Nahostkonflikts, der Zerfall des CENTO-Pakts erhöhten die Notwendigkeit für die Westmächte, die bankrotte Türkei ökonomisch zu stabilisieren. Die Türkeihilfe wurde neu angekurbelt, diesmal unter Leitung des Bundesfinanzministers H. Matthöfer (SPD). Nach Besuchen in Paris, Genf, New York, Tokio, Athen und Ankara war am 16.4.1980 das neue Aktionsprogramm zur Türkei-Sanierung fertiggestellt.

16 Mitgliedstaaten der OECD sagten Kredite in der Höhe von 1,16 Mrd Dollar verbindlich zu; davon betrug der USA- und BRD-Anteil (der mit günstigeren Bedingungen zum Zeitpunkt des Militärputsches bereits ausgezahlt war) je 295 Mio Dollar (560 Mio DM). Für 1980 wurden durch westliche Industrieländer 1,03 Mrd DM staatlicher oder staatlich verbürgter Kredite umgeschuldet. Zahlungsaufschub für 1,1 Mrd Dollar wurden für vier, 2,3 Mrd Dollar für fünf Freijahre eingeräumt.

Die EG beschloß Ende Juni 1980 innerhalb eines Fünfjahresprogrammes die Vergabe von 1,5 Mrd DM, darunter 150 Mio DM als „verlorener Zuschuß“ und 788 Mio DM als Sonderdarlehen mit einer Laufzeit von 40 Jahren.

Der IMF stellte Mitte Juni 1980 der Türkei einen Beistandskredit für drei Jahre über 1,6 Mrd Dollar zur Verfügung und zahlte davon gleich 340 Mio Dollar aus.

Die Weltbank stellte der Türkei für 1980 275 Mio Dollar zur Verfügung. Darüber hinaus haben einzelne Länder zahlreiche Finanzhilfen geleistet oder versprochen, darunter Saudi Arabien, das am 1.5.1980 250 Mio Dollar, 1/4 der von den Saudis zugesagten Kredite, in bar auszahlte.

Zum Zeitpunkt des Militärputsches belief sich die Gesamtsumme der westlichen Finanzhilfe an die Türkei für 1980 auf 3,05 Mrd. Dollar.⁴

„Doch die Türkei gilt als Faß ohne Boden, das Milliarden schluckt, ohne Wirkung zu zeigen. Das einzig durchschlagende Argument,“ so die Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 20.6.1980, „das man für die zivile und die militärische Hilfe vorbringen kann, ist, daß sie dazu beiträgt, durch Er-

haltung des Rahmens einer parlamentarischen Demokratie den besonderen Hütern der türkischen Stabilität notfalls Bewegungsfreiheit zu sichern: den militärischen Führern des Landes.“

Daß nicht nur die Finanzen die Militärs gestärkt haben, sondern auch die an sie gelieferten Waffen – zum Einsatz gegen die eigene Bevölkerung – hob das Handelsblatt bereits am 5.2.1980 hervor: „Aber es ist gut, daß die Bundesregierung – bevor andere Finanzmittel für die Türkei flüssig machen – mit der Militärhilfe beginnen möchte. Nicht des Krieges oder der Verteidigung wegen, sondern der Autorität der militärischen Führung im Lande wegen.“

Doch begonnen hat die Bonner Militärhilfe an die Türkei bereits 1964. Im Rahmen der NATO-„Verteidigungshilfe“ hatte die BRD bis Anfang 1980 11 Tranchen über 930 Mio DM gezahlt. Dabei handelt es sich um die Schenkung von Neumaterial und von „Überschußmaterial“ der Bundeswehr sowie um eine Mitfinanzierung der türkischen Rüstungsproduktion.

Bonner Rüstungsbeihilfe: „Autoritätsstärkung“ der Militärs

Die Finanzhilfe für die Rüstungswirtschaft fließt direkt in die Taschen der türkischen Generalität, da sie in diesem Wirtschaftssektor stark engagiert ist (vgl. auch Beitrag von P. Maaskola in diesem Heft): Die Offiziere der Luftstreitkräfte betreiben Flugzeugbau mit einem Betriebskapital von 1,5 Mrd Türkischen Lira (TL), Offiziere der Landstreitkräfte sind mit 400 Mio TL in der militärischen Elektronikbranche und die Führungskreise der Marine mit 500 Mio TL im Schiffbau aktiv.

Mitfinanziert hat die Bundesrepublik u.a. die Lieferung von zwei großen U-Booten, den Bau von sieben Schnellbooten, den Bau einer Fabrik für automatische Handfeuerwaffen und einer Fabrikationsanlage für Panzerabwehrraketen des Typs „Cobra“. Darüber hinaus wurde ein Instandsetzungswerk für Panzer errichtet.

Infolge der Einstellung der US-Militärhilfe an die Türkei als Antwort auf die türkische Zypern-Invasion 1974 stieg die Bundesrepublik noch stärker in das Geschäft ein. Durch zwei Abkommen mit der Türkei 1975 und 1979 übernahm die BRD die Lieferung von „Überschußmaterial“ der Bundeswehr im Gesamtwert von 560 Mio DM: Munition, Sanitätsmaterial, Verpflegung, Truppenbekleidung und BW-Kraftfahrzeuge der ersten Generation.

Eine sog. bundesdeutsche Rüstungsbeihilfe, im Rahmen der NATO nach den gescheiterten US-Afghanistan-Plänen Anfang 1980 vereinbart, umfaßt bis 1983 Lieferungen im Werte von 600 Mio DM, davon 150 Mio 1980. Finanziert werden soll die Modernisierung veralteter US-Panzer vom Typ M 48 durch neue Dieselmotoren und stärkere Kanonen mit Kaliber 10,5 cm, die Ausstattung der türkischen Armee mit 240 Panzerabwehrraketen vom Typ Milan sowie 70 Panzer des Typs Leopard 1-A-3.⁵

„Es wäre unsinnig, fast 38 Mrd DM für die Bundeswehr auszugeben und gleichzeitig zuzusehen, wie ein militärisch wichtiger Bündnispartner durch wirtschaftliche Schwierigkeiten ruiniert wird. Die Hilfgelder für die Türkei sind auch im Interesse unserer Sicherheit gut angelegt“, so H. Matthöfer in einem Stern-Interview vom 6.3.1980. Und sei es auf den Trümmern einer parlamentarischen Demokratie...

Anmerkungen:

- 1) Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ), 16.9.1980
- 2) Die Welt, 13./14.9.1980
- 3) Le Monde, Paris, 17.9.1980
- 4) AIB 7-8/1980, S. 40 f.; Bundesstelle für Außenhandelsinformation (Hrsg.), Mitteilungen, Nr. BM 17, Köln 1980; FAZ, 13. und 15.9.1980; Süddeutsche Zeitung, 13./ 14.9.1980
- 5) FAZ, 13.9.1980; Frankfurter Rundschau, 13.2.1980; Le Monde 17.9.1980



Bundesdeutscher Exportpanzer Leopard, produziert bei Rheinmetall

Jürgen Roth

Seichter Umgang mit Grauen Wölfen

„Beni öldürecek! Bicakliyor! Kurtarin Beni!“ Er bringt mich um! Er sticht! Helft mir! In der Halle A 14 von AUDI-NSU in Neckarsulm stach ein türkischer Faschist, ein Grauer Wolf, auf einen Andersdenkenden ein. Wochen zuvor schon wurde der Niedergestochene von den Grauen Wölfen bedroht: „Wir werden Euer Blut in Heilbronn vergießen und Eure Särge in die Türkei zu Vater und Mutter schicken.“

Und was geschah weiter bei AUDI-NSU? Um ihren Gesinnungsfreund zu retten, erfanden die Grauen Wölfe die Geschichte vom planmäßigen Angriff auf den Messerstecher. Nicht das Opfer sei schuldlos, sondern der Messerstecher. Die Geschäftsführung von AUDI-NSU glaubte den Faschisten und sprach gegenüber dem Niedergestochenen und denjenigen, die ihm zur Hilfe kamen, die fristlose Kündigung aus. Der DGB in Heilbronn sprach von einem „Komplott“. In anderen Betrieben sieht es nicht anders aus! Der Gesamtbetriebsrat von Daimler-Benz in Sindelfingen: „Beide türkischen IG-Metall-Betriebsratsmitglieder brachten erneut zum Ausdruck, daß sie unter den ständigen Drohungen sich



Dortmunder Großkundgebung der Grauen Wölfe mit A. Türkes...

kaum mehr in der Lage sehen, die Interessen der Arbeitnehmer und unserer Organisation wahrzunehmen.“

Das sind keine Einzelfälle, im Gegenteil. In den letzten Wochen greifen die Grauen Wölfe gezielt Mitglieder und Funktionäre der IG Metall an. „In den Betrieben und an verschiedenen Orten nehmen die Einschüchterungen, die Drohungen, die Übergriffe der türkischen Faschisten zu. Bei Betriebsversammlungen kommt es zu Ausschreitungen, in deren Verlauf Gewerkschaftsvertreter bedroht und das Verteilen von Zeitschriften behindert wird. Im Vorfeld von Vertrauensleute- und Betriebsratswahlen werden türkische Gewerkschaftsfunktionäre so lange eingeschüchtert und bedroht, bis diese aus Angst um ihr eigenes Leben oder das Leben ihrer Familienangehörigen auf eine Kandidatur verzichten.“ (Presseerklärung der IG-Metall-Bezirksleitung, Stuttgart, 1.3.1980)

Totschlag im Namen des A. Türkes

Türkische Verhältnisse in der Bundesrepublik! In den letzten beiden Jahren kamen bei politischen Attentaten in der Türkei 2500 Menschen ums Leben – 80% waren Opfer der türkischen Faschisten. Sie werden vom Ex-Obristen Alparslan Türkes und seiner MHP (Partei der Nationalistischen Bewegung) nicht nur geistig geführt.

Auch in der Bundesrepublik hat der Terror der türkischen Faschisten schon zu Todesopfern geführt. In den letzten drei Jahren wurden vier Türken Opfer der faschistischen Gewalt. Der letzte Fall: Anfang dieses Jahres erstachen in West-Berlin rechtsfanatische Türken den IG-Metall-Kollegen Celattin Kesim auf offener Straße.

Bis auf den letzten Fall verneinte die Polizei politische Hintergründe. Sie sieht in den blutigen Auseinandersetzungen zumeist Familienfehden und bemüht sich überhaupt nicht darum, den politischen Hintergrund aufzuklären.



... und türkische Gegendemonstranten in Hagen

Dabei braucht man nur die Flugblätter der türkischen Faschisten zu lesen. Da beweisen „Jugendliche, die dem Ideenverein angehören“, daß sie „kämpfen können, auch wenn sie sterben müssen“. (Ideenverein Dinslaken) Oder: „Ich rufe die türkische Nation auf zum Kampf gegen die Demokratie, die auf den Straßen zum Spinatpreis verkauft wird, gegen die Korruption, gegen die rechtsstaatliche Ordnung. Ich rufe auf zum Kampf gegen die Freiheit.“ (Kulturverein Saarbrücken).

In der Bundesrepublik und in Westeuropa übernimmt die Propagandaufgabe für die türkischen Faschisten die in Frankfurt ansässige Türk-Föderation, von der aus die gesamten Aktivitäten der regionalen Kultur- und Idealisten-Vereine gesteuert werden. Publizistisch unterstützt die rechtsradikale Zeitung Tercüman das faschistische Treiben. Haben die Faschisten etwas zu veröffentlichen, im Tercüman finden sie immer genügend Platz.

In den Büroräumen der Zeitung treffen sich von Zeit zu Zeit die führenden Mitglieder der MHP. Nach den meist geheimen Treffen im Büro des Vorstandsmitgliedes Ilicak gehen die Faschisten in das naheliegende Hotel Erika, um weiter darüber zu reden, wie man die finanziellen Mittel, die der MHP in Europa zuströmen, kapitalkräftig einsetzt. Sicher ist jedenfalls, daß die Türk-Föderation über außerordentlich viel Geld verfügt. Heroinhandel und Prostitution dürften dazu beigetragen haben, aber auch die Erpressung der türkischen Arbeitnehmer, die in den Betrieben und Wohnheimen gezwungen werden, monatlich hohe Geldbeträge an die MHP zu überweisen.

Die Nürnberger Nachrichten vom 23. Februar 1980: „Ein Geschäftsmann ist wegen seiner standhaften Weigerung, Spenden an die MHP zu zahlen, mit öffentlich ausgesprochenen Morddrohungen belegt worden.“ Das Geld wird gut angelegt. Denn irgendwoher müssen die faschistischen Kommandos in der Türkei ihre Waffen beziehen. Eine in Belgien gekaufte Kalashnikow kostet ca. 1500 Dollar, ein US-Colt 45 bis 400 Dollar, ein iranischer G3 ca. 1000 Dollar und die häufig eingesetzte MG Uzi ca. 900 Dollar. Und der Waffenschmuggel ist überdies ein einträgliches Geschäft.

Rechter Herzschlag der Geheimdienste

Schließlich, so sagt es der Vorsitzende der Türk-Föderation, ein Mann namens Celebi: „Ich bin voll bereit für unseren heiligen Krieg. Hand in Hand werden wir alle Arbeit erledigen. Mit dem Beistand Gottes werden wir eines Tages an die Macht kommen.“ Und im Standardwerk der türkischen Faschisten, dem Buch Die nationale Frage und Türkes aus dem Jahr 1977, steht: „Wir, die Grauen Wölfe von Türkes, sind im Krieg. Wir kämpfen gegen die roten moskauer Leute und nehmen Rache für unsere Gefallenen. Der Wolf ist unser Symbol.“

Hinter all dem steht ein Mann, Alparslan Türkes, der, vom amerikanischen Geheimdienst CIA unterstützt, die linke und demokratische Bewegung in der Türkei zerschlagen will, um einen „Ständestaat“ in einer „Großtürkei“ zu errichten. Türkes: „Ich habe die Sache, die mir anvertraut wurde, fest in die Hand genommen. Wenn ich unterwegs fallen sollte, tragt die Fahne weiter. Sollte ich umkehren, schlagt mich tot. Schlagt alle tot, die unsere Sache mitgemacht haben und umkehren wollen.“

Und das Sprachrohr der MHP in der Türkei, Devlet, schreibt: „Man muß die Straßen erobern, man muß den Staatsapparat erobern, man muß das Parlament in die Hand nehmen.“ Niemand wundert sich daher auch, daß Mein Kampf von Adolf Hitler zur Standardlektüre der türkischen Faschisten gehört und in einem MHP-Verlag herausgegeben wurde. Denn, so ein Parteigänger von Türkes: „Die türkische



Von faschistischem Schlägertrupp überfallener Türke in Westberlin

Rasse ist wertvoller als alle anderen Rassen.“

Doch die Bundesregierung und besonders der Verfassungsschutz sehen nichts, im Gegenteil, sie verteidigen die Grauen Wölfe, die es nach Ansicht des Verfassungsschutzes überhaupt nicht gibt. So hat das Bundesamt für Verfassungsschutz am 11. Februar 1980 den Mitarbeiter einer Nachrichtenagentur zu einer internen Besprechung eingeladen, damit dieser ungeprüft die Ansichten „leitender Mitarbeiter des Bundesamtes“ am nächsten Tag über die Ticker laufen lassen konnte. Die Verfassungsschützer beschwerten sich über die negative Berichterstattung gegenüber den aufrechten Grauen Wölfen und machten die Berichterstattung darüber für die Gewalttätigkeiten unter den Türken verantwortlich. Originalton Verfassungsschutz: „Es sei den Linken gelungen, die Nationalisten in der Öffentlichkeit als Faschisten und reißende Wölfe hinzustellen... Nach dieser Untersuchung erwies sich auch die Behauptung, rechtsgerichtete Türken würden organisiert mit der NPD zusammenarbeiten, als nicht stichhaltig. So scheinen die nach Meinung der Beamten agitatorisch geschickten Kommunisten unter den Türken den Verfassungsschützern größeres Kopfzerbrechen zu machen.“

Da fragt man natürlich prompt, wo denn der Kopf der Verfassungsschützer bei solchen Aussagen geblieben ist, wenn nur ihr rechtes Herz spricht!

Am 25. Februar 1980 konnte man lesen, daß der Vorsitzende der Nationalsozialistischen Demokratischen Arbeiterpartei, NSDAP, Herr Schönborn, eine Aufbauorganisation für Türken gegründet habe. 50 Türken, vor allem des Kulturvereins, haben sich daran beteiligt.

Es ist schon mehr als merkwürdig, daß die Argumente der „leitenden Mitarbeiter des Bundesamtes für Verfassungsschutz“ die gleichen sind, die Alparslan Türkes in der De-

Bonner Verfassungsschutzbericht

Hauptgefahr von der türkischen Linken?

Am 10. Juli 1980 legte Bundesinnenminister Gerhard Baum in Bonn den diesjährigen Verfassungsschutzbericht vor. Tenor: Rechts- und Linksextremismus eher rückläufig; die Hauptgefahr droht von türkischen Radikalen.

Der „Bericht 1979“ bestätigt den Trend bei den Sicherheitsbehörden, ihnen sattem bekannte Fakten hartnäckig auf den Kopf zu stellen, indem sie die von ihnen geduldeten Gewalttaten der „Grauen Wölfe“ mit erfundener Gewaltneigung der Linken zu kompensieren versuchen, um dann den Spieß vollends umzudrehen: Die Hauptgefahr drohe, so suggerieren die vermeintlichen Schützer der Verfassung, vor allem von der FIDEF. Dabei erweisen ihnen einige hoffnungslos isolierte Desperados (Mitglieder der maoistischen ATÖF/ATIF-Vereine waren u.a. an Handgreiflichkeiten am 18. Juni 1980 in Augsburg beteiligt; d. Red.), die nichts mit der FIDEF zu tun haben, nützliche Dienste.

Wo sich gewisse Stellen mit Gerüchten, Kolportagen und Assoziationen nicht begnügen können, greifen sie schlicht und einfach zur Lüge: Im Teil 9 des Verfassungsschutzberichtes 1979 („Sicherheitsgefährdende und extremistische Bestrebungen von Ausländern“) auf Seite 18 heißt es: „Am 17. Februar (1980; d. Red.) schlugen in Rüsselsheim Anhänger einer Mitgliedsorganisation der orthodox-kommunistisch beeinflussten 'Föderation der türkischen Arbeitervereine in der Bundesrepublik Deutschland e.V.' (FIDEF) mit Steinen und Knüppeln auf Angehörige des 'Türkischen Kulturvereins', Mitgliedsverein der von der extrem nationalistischen türkischen 'Partei der Nationalen Bewegung' (MHP) beeinflussten 'Föderation Demokratischer Türkischer Idealistenvereinigungen in Europa' (ADÜTDF), ein. Vier Personen wurden verletzt, mehrere Pkw beschädigt.“

Tatsache ist: Kein einziges FIDEF-Mitglied war an gewalttätigen Ausschreitungen beteiligt, weder am 17. Februar noch zu einem anderen Zeitpunkt, obwohl es in Rüsselsheim, einer Hochburg türkischer Faschisten, immer wieder zu Auseinandersetzungen kommt. Doch davon ist keine Rede.

Das Bundesamt für Verfassungsschutz ist der demokratischen Öffentlichkeit eine Erklärung für diese nachweisliche Lüge schuldig. Charakteristisch für die Vorgehensweise des Bundesamts für Verfassungsschutz ist auch der Absatz auf Seite 19: „In den ersten Monaten des Jahres 1980 war eine weitere Verschärfung der Auseinandersetzung zwischen türkischen Extremisten in der Bundesrepublik Deutschland festzustellen, die zu 3 Todesopfern geführt hat. Am 5. Januar 1980 wurde in Berlin ein dem linksextremistischen Lager angehörender Türke getötet, am 3. und 28. Mai 1980 wurden in Reutlingen und Hamburg zwei dem rechtsextremistischen und extrem nationalistischen Bereich zuzurechnende türkische Staatsangehörige tödlich verletzt.“

Diese objektiv anmutende Aufzählung von Fakten verschweigt jedoch eine Reihe von Tatsachen, und erzählt Bände über den Blickwinkel ihrer Verfasser. Da wird ein politischer Mord zu dem sich als Täter die „Grauen Wölfe“ bekannt haben, begangen an einem engagierten Gewerkschafter, einem Mitglied des FIDEF-Vereins Westberlin, dem Sekretär des Türkischen Zentrums in Kreuzberg (C. Kesim; d. Red.), in einem lapidaren Halbsatz in Verbindung gebracht mit zwei Ereignissen, die keinerlei politische Motive erkennen lassen. Nichts steht darin über Aussagen der Tatverdächti-

gen, nichts über ihre seit Jahren offen vorgetragenen Aufrufe zur Gewalt. Einfach verschwiegen wird die Tatsache, daß diesem Mord mehrere gewalttätige Übergriffe der religiösen und nationalistischen Fanatiker am gleichen Ort vorausgegangen sind.

Mit keinem Wort werden die Schlag- und Stichwaffen erwähnt, die in der Moschee gefunden wurden, die den Tätern als Schlupfloch diente. Kein Wort auch über Waffen und anderes „belastendes Material“, das im Gebäude der „Türk-Föderation“ in Frankfurt beschlagnahmt wurde, als der Vorsitzende des Frankfurter Mitgliedsvereins mit weiteren „Grauen Wölfen“ am 25. November 1979 unter Verdacht des versuchten Totschlags an vier Landsleuten festgenommen wurde. Die vier waren schwer verletzt worden als drei von ihnen sich geweigert hatten, die Flugblätter der „Türk-Föderation“ anzunehmen.

Schon Wochen vor der Bekanntgabe des Berichtes stand fest, daß der Mord an Tireli in Reutlingen aus Eifersuchtsmotiven begangen worden war und der Täter eher unter den rechtsextremistischen Gesinnungsfreunden des Ermordeten, Tireli, zu suchen ist. Auch in diesem Punkt verdreht der „Bericht“ nachweislich und absichtlich die Tatsachen. Es geht eindeutig darum, den unbefangenen Lesern und Multiplikatoren in den Institutionen und Presseorganen zu suggerieren, daß die Tat den Linksextremisten anzulasten wäre. Und bei dem Mordfall in Hamburg fehlt jeglicher Hinweis auf die sogar in der lokalen Presse breitgetretenen privaten Motive des Tatverdächtigen, der erst vor wenigen Wochen einem auf offener Straße unternommenen Mordversuch des Opfers entgangen war.

Verharmlosung des Faschistentreibens

Durch Auslassungen, Übertreibungen und Beimengungen von Halb- und Unwahrheiten versuchen die Verfasser nicht nur eine „Ausgewogenheit“ herzustellen. Die Aufzählung mit dem vorangestellten Satz „In den ersten Monaten des Jahres 1980 war eine weitere Verschärfung der Auseinandersetzung zwischen türkischen Extremisten in der Bundesrepublik Deutschland festzustellen, die zu 3 Todesopfern geführt hat“, dient dazu, den „Linksextremisten“ zwei Morde zu unterstellen. Der heimtückische Mord an Kesim wird mit der Bemerkung verharmlost, wenn nicht quasi entschuldigt, das Opfer gehörte ja dem linksextremistischen Lager an.

„Die Verfassungsschützer sind vor allem besorgt über das Anwachsen der orthodoxen, moskautreuen Linksextremisten... 18.000 – der harte Kern – finden sich allein in der FIDEF wieder.“ Aber: „Etwas anders sieht es bei den Rechten aus. Ihre Zahl stieg von Ende 1978 bis Ende 1979 nur um 25 Prozent. Rein rechnerisch – denn beim Zählen gingen die Behörden mit unlauteren Mitteln vor. Sie warfen plötzlich – warum? – Nationalisten, religiöse Eiferer und echte Rechtsextremisten in einen Topf und kamen so ebenfalls auf die Zahl von 29.000 Extremisten. Wie gemogelt wurde, zeigt die Entwicklung des Rechenexempels. 1977 gab es nur 5.100 Rechtsextremisten, doch dann zählten die Behörden plötzlich die sogenannten 'Idealistenvereine' zu den Rechtsabweichlern hinzu, und schon 1978 kam dabei die stattliche Summe von 22.500 heraus. Angeblich hat die für deutsche Begriffe rechtsextreme 'Partei der Nationalistischen Bewegung' von Alparslan Türkeş in den vorher nicht als gefährlich geltenden Idealistenvereinen die Oberhand gewonnen.“

Aus diesen Zahlen geht – einmal abgesehen von Fehlinterpretationen und Falschmeldungen – deutlich hervor:

1. Die Hauptsorge derjenigen im Bundesamt für Verfassungsschutz, die den Bericht erstellt haben, gilt der FIDEF.
2. Einigen Beamten des Verfassungsschutzes wird vorgeworfen, daß sie bei den Zahlen der Rechten gemogelt hätten.
3. Diejenigen Herren, die sich jetzt durchsetzen konnten, betrachten sogar die neofaschistische MHP nicht als gefährlich.
4. Nach ihrer Auffassung hat die MHP auch nur angeblich in den Idealistenvereinen die Oberhand gewonnen.

Mit allen nur erdenklichen Mitteln soll der Öffentlichkeit vorenthalten werden, was unter den türkischen Rechtsextremisten, von den Behörden geduldet, von NPD und ihren Nebenbuhlern, aber auch von „honorigen“ CDU/CSU-Politikern gefördert, vor sich geht: Die Gefahren, die von der „Türk-Föderation“, der Tarnorganisation der „Grauen Wölfe“ der MHP ausgehen, werden verharmlost.

(Quelle: Türkei-Informationen, Hrsg. FIDEF, Düsseldorf, Juli-August 1980, S. 33-38; Ausschnitte)



Protestdemonstration nach der Ermordung C. Kesims im Januar 1980

zember-Nummer seines Mitteilungsblattes Hasret veröffentlicht hatte. Sicher ist jedenfalls, daß die Grauen Wölfe als ideale Allzweckwaffe gegen die linksorientierten Türken eingesetzt werden. Die Geheimdienste, insbesondere der türkische MIT, der amerikanische CIA und der Verfassungsschutz, sind momentan dabei, diese Waffe noch schärfer zu machen.

Unter diesen Umständen verwundert es natürlich nicht, daß der Kanzlerkandidat Franz-Josef Strauß den türkischen Faschistenführer Türke Ende April 1978 zu einer Privataudienz empfing. Das einstündige Gespräch drehte sich darum, für die MHP ein günstiges Klima in der Bundesrepublik zu schaffen, weil die MHP ein Bollwerk gegen die Gefahr des Weltkommunismus sei. Und bei dieser Lageeinschätzung gab es Übereinstimmung zwischen beiden „Führern“ – wie nicht anders zu erwarten (zum Verhältnis von F.J. Strauß und der CDU/CSU zu den türkischen Faschisten siehe ausführlich: AIB 2/1980, S. 25-27; d. Red.).

Bonn unternimmt nichts gegen Graue Wölfe

Beschämend ist, daß trotz beschwörender Appelle der Gewerkschaften und demokratischer türkischer Arbeitervereine, die Bundesregierung nichts gegen das Treiben der faschistischen Grauen Wölfe unternimmt. Rüge und schon fast unverschämt werden parlamentarische Anfragen einzelner Bundestagsabgeordneter abgeblockt – mit dem lapidaren Satz, daß die türkischen Rechten harmlos wären. Die deutschen Gewerkschaften werden somit als Propagandisten und Lügner hingestellt.

Gefährlich sind nicht nur die Grauen Wölfe, sondern auch die fanatisch-religiösen Islamischen Kulturzentren. Das Islamische Kulturzentrum Köln ist mit 133 Gemeinden der mit Abstand größte islamische Spitzenverband in der Bundesrepublik! Die Besucherzahl beläuft sich nach Erhebungen aus dem Frühjahr 1978 auf jährlich 935.000 Personen.

Chefagitator dieser islamischen Sekte, der Süleymanisten, ist ein H.R. Tüylüoglu. Er war in der Türkei einer der führenden Süleymanis. Die dort agierende Sekte wurde verboten, und Tüylüoglu flüchtete nach Deutschland. Man sagt, daß er in Köln sehr schnell mit dem Auto-Export in die Türkei reich geworden ist. Zugleich hat er ein unterirdisches Netz von Süleymanis aufgebaut, mit vielfachen Verbindungen zur MHP. Von allen islamitischen Bewegungen sind die Süleymanis am offensten antikommunistisch und antidemokratisch; sie stehen dichter bei dem reinen Faschismus als andere Sekten.

Am 9. November 1979 erklärte Tüylüoglu: „... wir haben schon vor Jahren dafür Sorge getragen, daß die dreckigen Antlitze der Judendiener dem islamischen Volk präsentiert werden.“ Zuvor schon verkündete der islamische Chefhetzer: „Wer uns nicht glaubt, ist ein Feind der mohammedanischen türkischen Nation. Ich werde all diese Menschen mit der Wurzel ausrotten. Ich zeige auch die Leute, die unsere Gegner sind, die die Welt zerstören.“ Der DGB in einer Dokumentation vom 19. Februar 1980: „Die Süleymanisten selbst vertreten die Auffassung, daß die Anhänger der islamischen Revolution alle Mittel nutzen müßten, um an die Macht zu kommen. Man müßte zuerst durch Korankurse die Religion verbreiten. Angefangen bei den religiösen Einrichtungen müßte man im gesamten Staatsapparat Brückenköpfe erobern, das gelte auch für die politischen Parteien.“

Auch die Süleymanisten können bislang ungehindert ihr politisches Gift unter die ahnungslosen Türken verteilen, die in ihrer sozialen und kulturellen Isolation Halt in der Religion suchen. Die Frage drängt sich auf, warum diese faschistischen und fanatisch-religiösen Gruppen unterstützt werden. Braucht man sie etwa, um die türkischen Arbeitnehmer

zu spalten und einzuschüchtern, die einen radikaldemokratischen oder gar sozialistischen Weg in der Türkei gehen wollen und die sich hier offen organisieren können? Ist das Ausdruck einer Machtpolitik, die nur das Ziel hat, die Türkei fester an die NATO und den sog. freien Westen zu binden?

Die Frage ist beantwortet, wenn man einen Aufsatz nachliest, der in einer höchst ominösen Zeitschrift, den Beiträgen zur Konfliktforschung, im letzten Jahr veröffentlicht worden ist. Im Beirat dieser Zeitschrift sitzen sinnigerweise CDU-Abgeordnete und hohe Militärs aus der NATO: „Ein wesentlicher Grund, warum die MHP als faschistisch beschuldigt wird, ist ihre Überzeugung, daß die Türkei auch in der Außenpolitik sich zur freien Welt bekennt und fest zum NATO-Bündnis steht. Die Türkei ist ein NATO-Staat von Gewicht. Sie ist ein notwendiger Stabilisierungsfaktor der Südflanke der westlichen Verteidigungsgemeinschaft. Würde das Land aus dieser Koalition ausbrechen, Teil eines neutralen, wahrscheinlich westfeindlichen islamischen Blocks werden oder den Russen anheimfallen, so würde damit auch die Sicherheitskonzeption der Bundesrepublik ausgehöhlt.“ (...) (Quelle: druck und papier. Zentralorgan der Industriergewerkschaft Druck und Papier, Stuttgart, Nr. 7/1979, S. 24-25)

TÜRKEI Informationen

**60 Jahre KP der Türkei
Stoppt
die Finanzierung der
Militärdiktatur durch Bonn!
Grauer Wolf packt aus
Abgeordnete der CHP
zu Gast bei FIDEF
Asylsuchende berichten
Verfassungsschutz:
Persilscheine für
Graue Wölfe
Ausländische Kinder:
Schulprobleme aufgelöst**

Stapf & Partner
Düsseldorf

erscheinen jetzt monatlich und berichtet regelmäßig

- über die demokratische Bewegung in der Türkei
- über die Lage der ausländischen Arbeiter in der Bundesrepublik
- über die Bildungssituation ausländischer Kinder und Jugendlicher
- über die Aktivitäten der "Grauen Wölfe" und anderer türkischer Rechtsextremisten in der Bundesrepublik.

Ich bestelle die bereits erschienenen Hefte 1, 2, 3, 4/5, 6 (zutreffendes ankreuzen!).

Ich abonniere "Türkei-Informationen" für mindestens ein Jahr ab.....

Falls nötig, kann ich diese Erklärung innerhalb einer Woche widerrufen.

Einzelpreis (ca. 32 Seiten) 3,-DM zuzüglich Porto;
Jahresabonnement 36,-DM incl. Porto.

Name/Institution/Firma:

Straße/Platz und Haus-Nr.

PLZ, Ort

Datum/Unterschrift

Bitte ausfüllen und einschicken an: "Türkei-Informationen"
Lichtstr. 31, 4000 Düsseldorf 1

Herbert Lederer

Aushöhlung des Asylrechts für politisch Verfolgte

„Ausländer raus aus Deutschland!“, so lautete die Losung der neofaschistischen Nationaldemokratischen Partei Deutschlands (NPD) im Bundestagswahlkampf 1980. Die Bundestagsparteien hatten freilich seit Beginn des Jahres mit ihrer „Debatte“ über die Ausländerpolitik in der Bundesrepublik den Boden für derartige Exzesse bereitet. Im Mittelpunkt stand dabei die nachstehend von H. Lederer untersuchte Frage der Asylsuchenden, deren Anzahl 1980 sprunghaft auf über 100.000 gestiegen ist. Sie soll nun drastisch gesenkt werden...

Nach wie vor sind jedoch die bundesdeutschen Grenzen für Reaktionäre und Faschisten aus aller Herren Länder weit geöffnet. Von den Behörden geduldet steigt nicht nur die Anzahl und Gefährlichkeit von Anschlägen türkischer Ultra-rechter (siehe Beitrag von J. Roth). Nach dem kürzlichen Bombenanschlag auf ein Vietnamesen-Wohnheim in Hamburg, bei dem es zwei vietnamesische Todesopfer gab, „sind Anhänger des ehemaligen Thieu-Regimes in Südvietnam zunehmend dazu übergegangen, Flüchtlinge aus Vietnam zu Gewalttätigkeiten gegen demokratische Landsleute und Vertreter der Solidaritätsbewegung anzustiften“, so heißt es in einer Erklärung der Freundschaftsgesellschaft BRD-Vietnam vom September d.J. Weiter wird in der Erklärung konstatiert: „Die Organisation der ‚Ehemaligen Offiziere und Soldaten der Thieu-Armee‘ muß verboten werden. Denjenigen, die sich in einem Komitee zusammenschließen, das sich blumenreich ‚Komitee der Kämpfer, die bereit sind, die Partei-gänger Hanois zu töten‘ nennt, muß das Handwerk gelegt werden. Vor dem Hintergrund der Diskussionen um das Asylrecht erklären wir mit aller Deutlichkeit, daß das Asylrecht für tatsächlich politisch Verfolgte nicht angetastet werden darf.“

Die Vorschläge zur „Bereinigung“ des Asylantenproblems reißen nicht ab. Die einen, die am ehesten noch gerade am Rande unserer Rechtsordnung denken, versprechen sich alles von der Straffung der Asylanerkennungsverfahren, insbesondere des gerichtlichen. Einige aus ihren Reihen, teilweise höchste, von ihnen, den Sozialliberalen eingesetzte Richter denken da schon weiter.

In einem Rundfunkvortrag für den Deutschlandfunk, in dem der Präsident des Bundesverwaltungsgerichts die verfassungswidrige Berufsverbots-Rechtsprechung seines Gerichts rechtfertigte, nahm er sich neben den Radikalen einer weiteren Minderheit an und meinte, wegen des bedrohlichen Anstiegs von Asylsachen müsse das in Artikel 16 des Grundgesetzes verbrieft Grundrecht, wonach „politisch Verfolgte Asylrecht“ genießen, unter Gesetzesvorbehalt gestellt werden, auf deutsch, durch einfaches Gesetz eingeschränkt werden können.¹

Andere gehen darüber hinaus. Die CDU/CSU-Vertreter werden nicht müde, den Grenzrichter feilzubieten. Das soll ein Richter an der Grenze sein, der nach kurzem Prozeß, der diesen Namen nicht verdient, Asylsuchende sofort wieder zurückweisen kann. Die Väter der Verfassung haben dazu in der 18. Sitzung des Hauptausschusses des Parlamentarischen

Rates bereits das Erforderliche gesagt – und zwar durch ihr CDU-Mitglied Dr. von Mangoldt: „...wenn wir irgendeine Einschränkung aufnehmen würden, wenn wir irgendetwas aufnehmen würden, um die Voraussetzungen für die Gewährung des Asylrechts festzulegen, dann müßte an der Grenze eine Prüfung durch die Grenzorgane vorgenommen werden. Dadurch würde die ganze Vorschrift völlig wertlos.“ (Unterstreichung vom Verfasser) Und der sozialdemokratische Ausschußvorsitzende Dr. Schmid daraufhin: „Dann beginnt das Spiel: Man schickt den Mann zurück oder man schickt ihn an die andere Grenze, und von dort geht es wieder weiter.“ (Dr. von Mangoldt: Wir haben unsere Erfahrungen aus dem Krieg.)²



Beerdigung der beiden beim Bombenanschlag von Hamburg ermordeten Vietnamesen

Von wem die Vorschläge auch kommen, sie werden sämtlich begründet und plausibel gemacht durch die hysterische Aufbauschung der Asylanten-Zahl und damit der Dimension des Problems. Es ist dabei kein Zufall, daß sich in diesen Chor auch Stimmen gemischt haben, die unter der Flagge des Fremdenhasses „Ausländerstopp“, „Deutschland den Deutschen“ und „Schluß mit der Völkervermischung“ fordern. Die gleiche, wenn nicht sogar erfolgreichere Wirkung wird von denen erzielt, die vornehmer unter Anspielung auf eigene nationale Probleme, z.B. das der Arbeitslosigkeit die angeblich fast alle Asylanten betreffende Lüge vom „Wirtschaftsflüchtling“ in die Welt gesetzt haben und damit besonders die Türken meinen, die den größten Anteil der Antragsteller in letzter Zeit ausmachen (siehe Kasten FIDEF-Erklärung). Mit Interesse wird den ersten ablehnenden Bescheiden entgegengesehen, mit denen das Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge türkische Arbeiter nach dem Putsch zurückweisen wird. Wahrscheinlich werden sie sich nicht unterscheiden von denen, die unter der Demirel-Zeit ergingen.

Der türkische Staat, so hieß es, sei ein laizistischer Staat. In

ihm hätten sowohl Völker wie die Kurden volle Rechte als auch die religiöse Minderheit der Aleviten. Der türkische Staat täte auch alles in seinen Kräften Stehende, um den Terrorismus von „rechts und links“ zu unterbinden und hätte dabei auch Erfolge. An dieser Einschätzung seitens der Bundesregierung wird sich erst recht nichts unter der Militärdiktatur geändert haben, so daß ein Aktiver der progressiven Gewerkschaftszentrale DISK, des progressiven Jugendverbandes IGD oder der demokratischen Kurden wohl auch in Zukunft bei uns kaum Chancen auf Anerkennung haben wird, sei er auch gerade aus einer polizeilichen Folterstation oder einem Gefängnis geflohen, sei er einem Attentat der Grauen Wölfe oder des türkischen Geheimdienstes gerade noch entkommen.

Für die meisten der Vorschläge ist typisch, daß die Ursachen für die Flüchtlingsbewegungen und damit die wirklichen Gründe der Asylantragsteller nicht zur Kenntnis genommen werden, mit einer, wenn auch verfälschten Ausnahme. Die Ausnahme betrifft die sog. Kontingentflüchtlinge aus sozialistischen oder antiimperialistisch befreiten Staaten. Über deren Gründe muß man ja auch einiges wissen, hat man doch selbst genügend an deren Entstehung gekurbelt.

Denn unabhängig von den anderen Ursachen für Migrationsbewegungen stellt die von imperialistischen Staaten organisierte Flucht aus befreiten Staaten spätestens seit Gründung der DDR, verstärkt aber in den letzten Jahren mit all den nicht einhaltbaren Versprechungen, eine solche Ursache dar. Da ist man dann auch nicht kleinlich.

Die „Abstimmung mit Füßen“ gegen den Sozialismus, die befreite Länder als nicht lebenswert kennzeichnen soll, lassen sich die imperialistischen Strategen manchen Preis kosten. In einem lesenswerten Artikel von Maria-Christine Zauzich in der Frankfurter Allgemeinen (FAZ) heißt es dazu: „Wie fragwürdig es ist, mit Zahlen zu argumentieren, zeigt ein anderes Beispiel: 20.000 Vietnamesen hat die Bundesregierung die Aufnahme zugesagt. Diese sog. 'Kontingentflüchtlinge' wurden 'hereingekommen' – im Gegensatz zu denen, die 'hereingekommen' sind. Nicht alle – müßten sie den Weg durch das Asylverfahren antreten – hätten eine Chance, nach geltendem Recht als politische Asylanten anerkannt zu werden.“³

Türkische Demokraten: Kaum Chancen auf Asylanerkennung

Da die Bundesregierung realistisch davon ausgeht, daß weitere Völker den Weg der antiimperialistischen Befreiung gehen und sich die Politik des Imperialismus ihnen gegenüber bei aller Anpassung prinzipiell nicht ändern wird, wird der Bundestag alsbald ein Gesetz verabschieden, in dem Kontingentflüchtlinge Asylanten gleichgestellt werden – das in einem Moment, in dem unser Land angeblich unter dem Strom der „falschen“ Asylanten zusammenbricht.

Andere Ursachen, andere Zahlen werden aus verständlichen Gründen nicht genannt: So würde die Erwähnung der Tatsache von ca. 14 Mio Migranten nicht nur zeigen, wie gering die Zahl derjenigen ist, die bei uns an die Tür klopfen, sondern zum anderen auch die Frage aufwerfen: Warum gibt es soviel Flüchtlinge? Wer angesichts dieser Bewegung mit dem Primitivargument der Sog-Wirkung, gerade bei uns ganz gängig, kommt, wonach Annehmlichkeiten unseres Landes, z.B. die Sozialhilfe den Prozeß auslösen, verwechselt Ursache und Wirkung und kann nichts zur Lösung beitragen. Ursache sind und bleiben die existentiellen Mängel der Herkunftsländer, seien es politische (Verfolgung, Unterdrückung, Ausrottung ganzer Stämme, Fehlen jeglicher politischer Rechte) oder sozial-wirtschaftliche, vor allem Hunger und Armut. Die Frage nach deren Ursachen würde aber an

FIDEF-Erklärung Bonns inhumane Asylrechtsnovelle

Wie den Massenmedien zu entnehmen ist, wurde in den letzten Wochen das „Asylanten-Problem“ in den Mittelpunkt der öffentlichen Diskussion gerückt. Bei näherer Betrachtung wird jedoch deutlich, daß die überwiegende Mehrheit der Berichterstattung und der Kommentare in erster Linie den Zweck verfolgt, die politischen Entwicklungen in der Türkei zu verschleiern und der Öffentlichkeit die Asylgründe von Tausenden von Menschen als „wirtschaftliche Gründe“ zu suggerieren.

Der FIDEF-Bundesvorstand stellte fest, daß die Gründe für mehrere tausend Landsleute, in der Bundesrepublik ein Asylgesuch einzureichen, ihren Ursprung nicht in wirtschaftlichen, sondern in politischen Verhältnissen haben.

Dieser Zustand ist eine Folge der politischen Entwicklung in unserem Lande. In der Türkei herrscht ein halb-militärisches Regime. In den 20 bevölkerungsreichsten Provinzen, die alle wichtigen Industriezentren umfassen, herrscht seit Dezember 1978 das Kriegsrecht. Die staatlichen und militärischen Unterdrückungsmittel der Demirel-Regierung haben das Leben in eine Hölle verwandelt. Allein in den letzten sechs Monaten seit dem Amtsantritt der Demirel-Regierung sind über 1.800 Menschen den Terroranschlägen zum Opfer gefallen, 16.689 Menschen wurden bei diesen Anschlägen verletzt. (...)

Die reaktionär-faschistischen Kräfte haben ihren Gegnern den offenen Krieg erklärt. Oppositionelle Menschen, Demokraten, Sozialisten, Sozialdemokraten, Kommunisten und andere fortschrittliche Menschen werden systematisch liquidiert. Mit gezieltem Terror wird versucht, die breiten Schichten der Bevölkerung in die Resignation zu treiben. Die Mordpläne zielen in erster Linie auf engagierte Demokraten in den Betrieben, in den Gewerkschaften und Lehranstalten. Bekannte Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens, Journalisten und Schriftsteller werden ermordet. Unter den Opfern befinden sich Mitglieder der Republikanischen Volkspartei (CHP), der seit 59 Jahren in der Illegalität wirkenden Kommunistischen Partei der Türkei (TKP), der Arbeiterpartei der Türkei (TIP), der Sozialistischen Arbeiterpartei der Türkei (TSIP). Der Staatsterror und die militärische Unterdrückung in Türkisch-Kurdistan werden verschärft. Die NATO-Tagung in Ankara (vom Juni 1980; d. Red.) verfolgte offensichtlich das Ziel, diesen Terror zu legitimieren und die Bevölkerung weiter unter Druck zu setzen.

Diese Tatsachen zeigen auf, warum für viele Menschen in der Türkei politisches Asyl in Betracht kommt. Tausende unserer Landsleute fühlen sich gezwungen, aufgrund der akuten Existenzbedrohung, des nackten Terrors und der Unterdrückungsmechanismen im Ausland Schutz zu suchen. Daraus folgt, daß die Asylanten nicht, wie in der Öffentlichkeit suggeriert wird, wirtschaftliche, sondern rein politische Beweggründe haben.

Wir betrachten das politische Asyl im Ausland nicht als den Weg, der unser Land in Frieden und Demokratie führt. Es gilt nach wie vor, gegen die Reaktion, gegen Terror und Unterdrückung zu kämpfen. Aber es ist offensichtlich, daß die Emigration nicht zu stoppen ist, solange nicht in der Türkei demokratische Verhältnisse hergestellt worden sind. Mit der Unterstützung dieses reaktionären, volksfeindlichen Demirel-Regimes bewirkt die Bundesregierung, daß die Ursachen der politischen Emigration weiter verfestigt und der Strom der Asylsuchenden aus der Türkei in Zukunft noch größer wird.

Wir rufen die demokratische Öffentlichkeit in Europa auf, den Kampf der demokratischen Kräfte in der Türkei zu unterstützen, damit der blutigen Herrschaft der reaktionären Demirel-Regierung ein Ende bereitet wird und eine demokratische Regierung gebildet werden kann. Nur so können wir erreichen, daß das Recht der Bevölkerung in der Türkei auf ein gesichertes Leben wieder hergestellt, die Folterungen und Massenmorde gestoppt werden können. Schutz und Unterstützung für Tausende von Asylanten aus der Türkei, die aus politischen Gründen Asyl suchen! Diesen Asylbewerbern müssen nach internationalen Regelungen Aufenthalts- und Arbeitsmöglichkeiten eingeräumt werden, bis in der Türkei ihre Existenz nicht mehr bedroht ist. Die bitteren Erfahrungen des deutschen Volkes unter der Nazi-Herrschaft hat gezeigt, wie lebenswichtig diese Unterstützung sein kann!

Hoch die internationale Solidarität!

(Quelle: Presseerklärung des Bundesvorstandes der Föderation der Türkischen Arbeitervereine in der BRD – FIDEF vom 28.6.1980, in: Türkei-Information, Düsseldorf, Juli-August 1980, S. 4)



Ausländerlager Zirndorf

den eigenen kolonialistischen (Vergangenheit) oder neokolonialistischen (Gegenwart) Nerv rühren⁴ bzw. bei Ländern wie der Türkei auch die Gründe für die Unterstützung solcher Militärdiktaturen bloßlegen.

Daß dabei die Politik des Antikommunismus eine hervorragende Rolle spielt, ist offensichtlich und hat sich auch in der über dreißigjährigen Asylpolitik und -praxis erwiesen, bei der es Antikommunisten noch immer wesentlich leichter hatten als Antiimperialisten und Demokraten. Zusammengefaßt kann ausnahmsweise dem Kommentator der FAZ nicht widersprochen werden: „Der Strom der 'Wirtschaftsflüchtlinge' wird nur dann dünner werden, wenn die Ursachen dieser Wanderbewegung beseitigt werden. Das heißt, es müssen in den Herkunftsländern der Flüchtlinge Bedingungen geschaffen werden, die den dort lebenden Menschen ein menschenwürdiges Dasein ermöglichen.“⁵

Keinen Beitrag dazu stellt das dar, was in den letzten Monaten in der Bundesrepublik im Weg von Gesetzen oder Verordnungen beschlossen worden ist.

Das 2. Gesetz zur Beschleunigung des Asylverfahrens⁶ hat lediglich zu einem weiteren Abbau des Grundrechts auf politisches Asyl geführt, ein Abbauprozeß, der niemals nur für die unmittelbar Betroffenen von Bedeutung ist, sondern der meist Vorstufe der Minderung von Rechten auch der eigenen Bevölkerung darstellt. So ist die Entscheidung auf einen einzigen Bediensteten des Bundesamtes für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge verlagert, der kein Volljurist sein muß. Die Ausschüsse sind abgeschafft worden.

Der Richter am OVG Berlin Fritz Franz meint in seinen Thesen zum Deutschen Juristentag 1980, daß diese Verlagerung „der Qualität der Entscheidung kaum förderlich sein“ dürfte. Der Grundsatz des rechtlichen Gehörs wird – weiter nach F. Franz – auf den Kopf gestellt durch die Tatsache, daß der „Bedienstete“ nicht verpflichtet ist, den Betroffenen persönlich anzuhören.⁷ So lassen sich 1000 Ablehnungen pro Monat natürlich schaffen und einige „Bedienstete“ haben dabei auch schon ihre Qualifikationen gezeigt. Von gravierender Bedeutung sind die administrativen Maßnahmen im „Sofortprogramm“ des Bundesinnenministers Gerhard Baum, das in den Städten und Gemeinden, an den Arbeitsämtern mit ungeheurer Schnelligkeit umgesetzt worden ist, und das leider auch vom DGB begrüßt worden ist.⁸

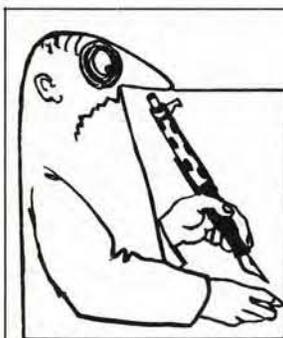
Unabhängig von den verfassungsrechtlichen Bedenken und solchen, die den dirigistischen Unsinn des Visumzwangs betreffen, sind die ergriffenen Maßnahmen unmenschlich. Sie fördern den Fremdenhaß und stellen Einbruchstellen für weitere, die Situation des politischen Flüchtlings verachtende Maßnahmen dar. Dies muß so formuliert werden, auch wenn für den Stuttgarter Oberbürgermeister Rommel „das Ganze keine moralische, sondern eine praktische Frage“⁹ ist.

So sollen Asylsuchende ein Jahr lang vom Arbeitsmarkt ausgesperrt werden. Sie sollen lediglich Sozialhilfe erhalten und zwar in Form von Sachleistungen. Bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang, daß der KPD-Abgeordnete Renner im Parlamentarischen Rat aufgrund der Erfahrungen in der antifaschistischen Emigration forderte: „Politisch Verfolgte genießen Asylrecht einschließlich des Rechts auf Arbeit.“¹⁰ Keiner der Verfassungsgeber widersprach dem, hielt die Regelung jedoch nicht für erforderlich, weil jeder, also auch der Asylant sowieso das Recht auf freie Entfaltung seiner Persönlichkeit hätte.

Die Asylanten sollen nicht nur auf den Status des Sozialhilfe-, sondern des Almosenempfängers heruntergestuft werden. Durch die Streichung von Wohngeld wird die immer wieder angesprochene Frage von Sammellagern zwangsläufig sein, was unter anderem wegen der psychischen Konsequenzen und der Folgen für das soziale Klima auch vom Diakonischen Werk der Evangelischen Kirche, die sich bisher immer sachkundig mit den Problemen der Ausländer beschäftigt hat, abgelehnt wird.¹¹ Daß selbst das Kindergeld vorenthalten wird, unterstreicht den besonders kleinlichen und unmenschlichen Charakter dieses „Sofortprogramms“. Der Putsch in der Türkei muß für uns neuer Anlaß sein, die Aushöhlung des Asylrechts für politisch Verfolgte zu beobachten und ihr entgegenzuwirken.

Anmerkungen:

- 1) Frankfurter Rundschau (FR), 11.8.1980
- 2) Zit. nach: Sten. Protokolle Hauptausschuß, 4.12.1948, S. 217
- 3) M. Ch. Zauzich, Können Ausländer in der Bundesrepublik Schutz vor Verfolgung finden? in: Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ), 14.2.1980
- 4) Vgl. dazu und zur BRD-Ausländerpolitik: AIB 6/1979, S. 14-17
- 5) K. Natrop, Das Heer der Hoffnungslosen, in: FAZ, 7.8.1980
- 6) rechtspolitischer dienst (rpd), Nr. 26/ 25.6.1980, S. 962 f.
- 7) 53. Deutscher Juristentag 1980. Thesen der Abteilung Ausländerrecht, These 8.1. und 8.2. Dr. Franz
- 8) rpd, a.a.O., S. 964
- 9) FR, 6.9.1980
- 10) 44. Sitzung Sten. Protokoll des Parlamentarischen Rates vom 19.1.1949, S. 582
- 11) FR, 19.9.1980



Achtung! AIB- Leserumfrage

Im letzten AIB 10/1980 fand sich in der Heftmitte ein **Fragebogen**. Wir bitten Sie im beiderseitigen Interesse diesen Fragebogen ausgefüllt an uns zurückzusenden. Nicht vergessen: **Einsendeschluß** ist der **15. November 1980!** Die Auswertung bringen wir in AIB 1/1981. Also den Fragebogen bis spätestens 15. November senden an: AIB-Redaktion, Liebigstr. 46, 3550 Marburg 1

Aurel Billstein
**Fremdarbeiter
 in unserer
 Stadt**



Kriegsgefangene und
 deportierte
 „fremdvölkische
 Arbeitskräfte“
 1939 – 1945
 am Beispiel Krefelds

196 Seiten, kartoniert, 15,- DM
 ISBN 3-87682-726-4

„Ob die anderen Völker in Wohlstand leben, oder ob sie verrecken vor Hunger, das interessiert mich nur so weit, als wir sie als Sklaven für unsere Kultur brauchen, anders interessiert mich das nicht.“ Dieser Satz aus einer Rede Heinrich Himmlers, „Reichsführer SS“, charakterisiert die zynische Menschenfeindlichkeit des deutschen Faschismus.

Am Beispiel Krefelds wird demonstriert, wie „Fremdarbeiter“ in der Industrie ausgepreßt, in Lagern geschunden und von Gestapo und anderen faschistischen Institutionen verfolgt und ermordet wurden. Gleichzeitig wird aber auch dokumentiert, wie Deutsche den Ausländern auf die unterschiedlichste Weise halfen.

Fania Fénelon

**Das
 Mädchenorchester
 in Auschwitz**

Aus dem Französischen
 von Sigi Loritz
 264 Seiten, kartoniert,
 mit Schutzumschlag 19,80 DM



**„Dieses Buch
 wird nie in der
 Bundesrepublik
 erscheinen“**

...sagte Fania Fénelon zur NEW YORK TIMES, als die amerikanische Ausgabe ihres erregenden Buches über das Innenleben von Auschwitz vorgestellt wurde. Fania Fénelon, französische Jüdin, Mitglied dieses makabren Mädchenorchesters inmitten der Todesfabrik Auschwitz, hat nicht recht behalten. Denn dieses menschlich wie literarisch gleichermaßen faszinierende Buch, das in Paris und London Furore machte und verfilmt wird (Drehbuch Arthur Miller), muß erst recht in der Bundesrepublik gelesen – und verstanden werden.

tat

kräftig
 gegen:
 Neonazismus
 und
 Rechtsgefahr,
 Kriegstreiberei
 und
 Militaristen,
 Verfassungsbruch
 durch
 Berufsverbote,
 Schnüffeleien
 und
 Zensur



weil
 Antifaschisten
 eine
 antifaschistische
 Zeitung brauchen

- Ich möchte kostenlose Probeexemplare
- Ich möchte „die tat“ abonnieren

Postbezug jährlich DM 34,-
 Sonderpreis für Studenten, Schüler,
 Soldaten, ZDL, Auszubildende
 DM 18,-

Name: _____

Straße _____

PLZ, Ort _____

Datum _____

Unterschrift _____

Einsenden an

Röderberg-Verlag



Postfach 4129,
 6000 Frankfurt/M.

Erklärung des FIDEF-Bundesvorstandes

Nein zur Militärdiktatur!



Der Bundesvorstand der Föderation der Türkischen Arbeitervereine in der BRD (FIDEF) verabschiedete unmittelbar nach dem Militärputsch auf einer außerordentlichen Sitzung am 14. September d.J. die nachstehende Erklärung. Sie fordert die Bundesregierung zur Einstellung ihrer Türkeihilfe, zum Durchgreifen gegenüber faschistischen türkischen Kräften auf bundesdeutschem Boden und zur Rechtshilfe für die Opfer der Unterdrückung in der Türkei auf. Die demokratische Öffentlichkeit unseres Landes ist zur tätigen Solidarität mit dem Volk der Türkei aufgerufen.

Es sind dies Forderungen, die der verstärkten Unterstützung aller demokratischen Kräfte gerade der Bundesrepublik bedürfen, hat doch Bonn die Federführung innerhalb der westlichen Sonderhilfe für die Herrschenden der Türkei inne und lebt doch hier mit rund 1,1 Mio Türken die größte türkische Auslands-„kolonie“. Kontaktadresse: FIDEF, Lichtstraße 31, 4000 Düsseldorf 1; Tel.: 0211 - 664284.

Die Generäle, unterstützt von der NATO und den USA, haben am 12. September 1980 in der Türkei geputscht. Mit Angriffen auf die demokratischen Rechte und Freiheiten des Volkes haben die von der NATO und dem Imperialismus abhängigen, von Demirel und Türkes vertretenen Kreise den Weg für diesen Putsch geebnet. Somit konnte die Junta die Regierungsmacht übernehmen und eine offene Militärdiktatur errichten. Die Arbeit der Parteien mußte eingestellt werden; die Gewerkschaften und alle demokratischen Organisationen wurden verboten, ihre Vorstände verhaftet. Das Grundgesetz wurde außer Kraft gesetzt.

Die Verfolgung und Unterdrückung der demokratischen Kräfte hat einen neuen Höhepunkt erreicht. Die Menschenrechte in der Türkei werden mit Füßen getreten.

Aber die Bevölkerung des Landes ist in ihrem Kampf gegen ihre Unterdrücker nicht allein. Auch in der Bundesrepublik erhoben eine Reihe von demokratischen Organisationen, wie GdED, IG Chemie, DKP, SDAJ, MSB Spartakus, Jusos, DFU, VVN u.a. ihren schärfsten Protest gegen die Unterdrückung der demokratischen Organisationen in der Türkei und gegen die Militärjunta.

In einer solchen Situation kommt auf die fortschrittlichen Arbeiter und Jugendlichen aus der Türkei eine große Verantwortung zu. Alle demokratischen Kräfte in der Bundesrepublik müssen vor dem aktuellen Hintergrund Wege und Möglichkeiten einer Aktionseinheit im Interesse einer demokratischen Türkei anstreben. Nur auf diese Weise kann die Solidarität mit dem für seine Rechte und Freiheiten kämpfenden Volk der Türkei verstärkt werden.

Die Arbeiter aus der Türkei in der Bundesrepublik stellen gemeinsam mit den Organisationen der Arbeiterbewegung und anderen demokratischen Kräften im Sinne einer demokratischen Türkei und der Freundschaft zwischen den Völkern der BRD und der Türkei folgende Forderungen an die Bundesregierung:

- Jegliche Militär- und Wirtschaftshilfe für die Junta muß sofort eingestellt werden.
- Alle faschistischen Tarnorganisationen der MHP, die Türk-Föderation der Grauen Wölfe müssen verboten, die für den Terror Verantwortlichen müssen ausgewiesen werden.
- Das Asylrecht für die Opfer des Terrorregimes in der Türkei darf nicht ausgehöhlt werden.

Die demokratischen Organisationen der Arbeiter aus der Türkei sind davon überzeugt, daß die Solidarität der demokratischen Öffentlichkeit in der Bundesrepublik mit dem Volk der Türkei noch verstärkt wird.

(Quelle: Erklärung des FIDEF-Bundesvorstandes, in: FIDEF-Nachrichten/ Kommentare/ Informationen, Düsseldorf, 16.9.1980)



Antimperialistisches Informationsbulletin

Das AIB erscheint monatlich. Jahresabonnement 20,- DM; Einzelheft 2,- DM; Doppelheft 3,50 DM; bei Abnahme von 10 und mehr Exemplaren 33% Ermäßigung.

Anschrift von Redaktion und Vertrieb: AIB, Liebigstr. 46, 3550 Marburg, Tel. (06421) 24672.

Konten: AIB - Weltkreis-Verlag, Postscheckkonto 312093-607, Postscheckamt Frankfurt/M. oder Marburger Volksbank, Rudolphsplatz (BLZ 53390000), Konto Nr. 966.

Herausgeber: Prof. Dieter Boris, Dr. Wilhelm Breuer, Wolfram Bröner, Dr. Jutta von Freyberg, Mechthild Jansen, Uwe Knickrehm, Georg Kwiatowski, Herbert Lederer, Erich Rudolf, Werner Stürmann, Peter Tanzmeier, Dr. Frank Werkmeister, Prof. Erich Wulff.

Redaktionskollektiv: Wolfram Bröner (verantwortl.), Hanne Denk, Rainer Falk, Paul Maaskola, Jürgen Ostrowsky, Ludger Schmitz

Mitarbeiter: A. J. Arndt, R. Feicht, K. Graf, R. Hegewald, M. Hellmann, K. Jacobs, V. Klose, R. Khoudja, D. Mies, U. Rupp, G. Schmidt, J. Weber, H. Vortisch, B. Weng

Verlag: Weltkreis Verlag, Dortmund

Druck: Plambeck & Co., Neuss

Redaktionsschluß: 13. Oktober 1980

Anzeigen: Roederberg Verlag, Brücken Verlag, Türkei-Information

Namentlich gezeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Titel und Zwischenüberschriften stammen in der Regel von der Redaktion. Nachdruck von Beiträgen bei Quellenangabe und Zusendung von zwei Belegexemplaren gestattet.